

132 Gründe, die ÖDP zu wählen!

**Lernen Sie uns kennen!
Bayerns wirksamste Oppositionspartei!**

ödp

Ökologisch-Demokratische Partei

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Bayern,

Sie halten das Landtagswahlprogramm 2018 der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP Bayern in Händen.

Die ÖDP ist die Partei der Wachstumskritik. Wir haben nur eine Erde – grenzenloses Wirtschaftswachstum ist bei begrenzten Rohstoff- und Energievorräten schlicht und ergreifend unmöglich. Die Klimaüberhitzung ist die unmittelbare Folge des Wachstumswahns – daher brauchen wir die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien in allen Bereichen (Strom, Wärme und Verkehr). Bayern muss bis 2022 den Kohleausstieg schaffen.

Die ÖDP ist die Partei für ehrliche Demokratie. Konzern- und Lobby Spenden an Parteien und Politiker müssen endlich verboten werden. Geldgeschenke aus diesen Kreisen verhindern eine Politik, die dem Gemeinwohl dient – das beweist der aktuelle Dieselskandal. Und die direkte Demokratie durch Volksbegehren und Volksentscheide muss endlich auf Bundes- und Europaebene eingeführt werden.

Die ÖDP ist die familien- und kinderfreundliche Partei. Die Erziehung von Kindern und die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger muss durch ein Familiengeld mit Rentenanspruch finanziell anerkannt werden. Die Bildung unserer Kinder muss umfassend im Sinne des Artikels 131 der Bayerischen Verfassung sein und darf sich nicht nur auf die wirtschaftliche Verwertung ausrichten. Wir sehen den ständigen Ausbau der Fremdbetreuung außerhalb der Familien in Kitas und Schulen ebenso kritisch wie die „iPhoni-



sierung“ unserer Bildungseinrichtungen durch die wahllose Ausstattung mit EDV-Technik. Nicht umsonst spricht man vom „Begreifen“ oder anders formuliert: Einmal eine echte Katze streicheln bringt mehr als das hundertste Katzenvideo.

In der ÖDP Bayern passen Wort/Programm und Tat zusammen. Die ÖDP München hat 2017 mit einem Bürgerentscheid dafür gesorgt, dass das Steinkohlekraftwerk in München spätestens zum 31.12.2022 und nicht erst 2035 abgeschaltet wird. Damit werden jährlich 800.000 Tonnen Steinkohle weniger verbrannt.

Mit unserem aktuellen Volksbegehren

„Rettet die Bienen! Stoppt das Artensterben!“

nehmen wir den Kampf gegen den dramatischen Schwund von Arten und Lebensräumen in Bayern auf.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir wollen in den Bayerischen Landtag einziehen. Diesem Ziel nähern wir uns von oben und von unten. Seit Mai 2014 vertritt uns MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner im Europaparlament. Seit den letzten Bezirkstagswahlen 2013 ist die ÖDP in Oberbayern, in Niederbayern, in der Oberpfalz, in Mittelfranken und in Schwaben in den Bezirkstagen vertreten. Mit unseren Kandidaten und unserem Programm unterbreiten wir Ihnen ein überzeugendes Angebot. Für dieses Angebot bitte ich um Ihr Vertrauen. Wählen Sie die ÖDP mit Ihrer Erst- und Zweitstimme in den Bayerischen Landtag und in die Bezirkstage!

Ihr



Klaus Mrasek, Landesvorsitzender



Inhaltsverzeichnis – Programm der ÖDP Bayern

Die größten Erfolge der ÖDP	6
Die dreizehn wichtigsten Gründe (1 – 13)	8
Wir achten die Grundwerte (14 – 19)	17
Global gegen die Überhitzung der Erde – lokal für nachhaltige Energie aus der Region für die Region (20 – 25)	20
Wir finden uns mit der Atomgefahr nicht ab (26 – 28)	24
Mobil sein – mit Verantwortung (29 – 37)	26
Gemeinwohl-Ökonomie – ökosozial statt marktradikal (38 – 51)	30
Wir werden im Parlament den Familien ein verlässlicher Partner sein (52 – 56)	37
Wir wissen: Schulen und Kindergärten müssen ermutigen und individuell fördern (57 – 67)	40
Wir wollen allen Menschen ein Leben in Würde sichern – unabhängig von Alter oder Behinderung (68 – 74)	46
Wir treten für ein gerechtes und leistungsfähiges Gesundheitssystem ein (75 – 84)	50
Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk (85 – 88)	55
Wir achten die Natur und stehen zum Erhalt der natürlichen Artenvielfalt sowie zum Schutz der Lebensräume von Mensch, Tier- und Pflanzenwelt (89 – 100)	57
Wir schützen die Landwirtschaft vor der Gentechnik und bieten Bayerns Bauern einen Existenzsicherungsvertrag an – für Gegenwart und Zukunft (101 – 103)	63
Wir stehen zum Tierschutz – artgemäße und verhaltensgerechte Tierhaltung im ganzen Land (104 – 107)	65
Wir werden die Vielfalt in Kultur- und Medienlandschaft erhalten und fördern (108 – 111)	68
Mehr Sicherheit vor krimineller Bedrohung (112 – 116)	71
Wir streiten für die saubere Demokratie – ohne Konzernspenden und mit direkter Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger (117 – 132)	74
Stichwortverzeichnis	81

„Die wirksamste Oppositionspartei Bayerns“

Erfolge der ÖDP in Bayern

- ✓ 5 Standorte für weitere Atomkraftwerke gestrichen
- ✓ Geheimpolitik in kommunalen GmbHS abgeschafft
- ✓ Landtag und Regierung verkleinert
- ✓ Konsequenten Nichtraucherchutz eingeführt
- ✓ Büchergeld gekippt, Bildung für alle gestärkt
- ✓ Gen-Maisfelder verhindert
- ✓ Überflüssigen Senat abgeschafft
(Ersparnis für den Steuerzahler bis 2018
insgesamt über 100 Millionen €)
- ✓ Sieg beim Bürgerentscheid zur Abschaltung
eines Kohlekraftwerks in München
- ✓ Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen
Flugplatz-Neubau im Landkreis
Coburg (Ersparnis für den
Steuerzahler 80 Millionen €)





Weitere Initiativen der ÖDP

- ✓ Forderung der Streichung von Politikerpensionen / Verbot von Aufsichtsratsposten für Abgeordnete – vom Innenministerium verhindert
- ✓ Erfolgreiche Unterstützung der Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“ und „Einführung des kommunalen Bürgerentscheids“
- ✓ Erfolgreiche Abschaltung des Atomkraftwerks Isar 1 durch Androhung der Landtagsauflösung über ein Volksbegehren
- ✓ Petition für ein Erziehungsgehalt für alle Eltern in Bayern – von allen Landtagsparteien abgelehnt
- ✓ Klage gegen Studiengebühren – vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt
- ✓ Unterstützung des Volksbegehrens gegen CETA
- ✓ Petition mit der Forderung nach einem Lehrstuhl zur Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen an den Bayerischen Landtag – wurde abgelehnt

Besser ÖDP wählen: mutig – konsequent – unbestechlich

DIE DREIZEHN WICHTIGSTEN GRÜNDE (1 – 13)

Grund Nr. 1

ÖDP – die Klimaschutzpartei

Die Klima-Überhitzung bekämpfen: Kohleausstieg bis 2022

Die lebensgefährliche Überhitzung der Erdatmosphäre muss konsequent bekämpft werden. Zuviel wurde versäumt, es bleibt keine Zeit für einen Aufschub: Schluss mit der Kohleverbrennung in Bayern bis spätestens 2022. Versorgung Bayerns mit 100% erneuerbarer Energie unter Nutzung von Speicher- und Einsparungsmöglichkeiten. Öffentliche Verkehrsmittel müssen nicht nur deutlich günstiger werden als der Individualverkehr, sondern auch deutlich attraktiver.

Grund Nr. 2

ÖDP – die wachstumskritische Partei

Mensch vor Profit: Bayern muss Vorreiter bei der Gemeinwohl-Ökonomie werden

In Artikel 151 der bayerischen Verfassung wird ein wichtiges Ziel vorgegeben, das aktueller denn je ist: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl...“. Die Wirtschaft hat sich also immer daran zu orientieren, was dem Gemeinwohl aller dient. Dies findet aber bisher keinerlei Niederschlag in der Politik. Bayern muss daher als erstes Land Rahmenbedingungen schaffen, damit Leben, Arbeit, Produktion und Handel so organisiert sind, dass jeder Bürger davon profitiert, die Ressourcen geschont werden, die Umwelt gesundet und nachhaltig für eine sichere Zukunft zusammengearbeitet wird. Bayern wird so Vorreiter in Sachen Gemeinwohl-Ökonomie werden. Mit Kammern und Verbänden (Handwerk, Landwirtschaft, Handel, Industrie) sind Vereinbarungen zur Entwicklung der

Gemeinwohl-Ökonomie abzuschließen. Öffentlich-rechtliche Unternehmen und Unternehmen im Staatsbesitz erstellen ebenso wie Städte, Landkreise und Gemeinden vorbildhaft Gemeinwohl-Bilanzen.

Ziel ist eine Wirtschaft weg vom Irrsinn eines Wachstumszwangs, weg von Profitgier, sozialer Ausgrenzung und Umweltzerstörung hin zu einer ökosozialen Marktwirtschaft.

Grund Nr. 3

ÖDP – die Fairhandelspartei

Faire Handelsbedingungen statt CETA, TTIP und TISA

Mit den völkerrechtlichen Abkommen CETA, TTIP und TISA versuchen internationale Großkonzerne noch größeren Einfluss auf die Gesetzgebung zu bekommen. Höhere Sozial-, Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Naturschutzstandards würden sie ablehnen, ihre Forderungen über internationale Schiedsgerichte durchsetzen. Konzerngewinne würden gesichert, gesunde Strukturen und Märkte in Entwicklungsländern würden geschwächt. Dem stellen wir uns entgegen. Der ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner kämpft seit 2014 konsequent in Brüssel für unsere Haltung.

Grund Nr. 4

ÖDP – die Heimatpartei

Bayerns Schätze bewahren – in fairer Partnerschaft mit der bäuerlichen Landwirtschaft

Die natürlichen und kulturellen Schönheiten unseres Landes müssen geachtet und aktiv geschützt werden. Konsequenter Artenschutz, Erhalt und Pflege von natürlichen Lebensräumen, Beendigung des Flächenverbrauchs, Tierschutz, Sicherung der Grundwasservorräte und verbindlicher Schutz der Gewässer vor Sedimenteinträgen – dies alles braucht

vor allem eine ehrliche Partnerschaft mit der bäuerlichen, nicht-industrialisierten Landwirtschaft. Faire Existenzsicherungsverträge mit anständiger Bezahlung der Gemeinwohlleistungen sind die Alternative zur Drohung „Wachsen oder Weichen“. Wir wollen den Anteil der ökologischen Landwirtschaft deutlich steigern!

Grund Nr. 5

ÖDP – die Partei für den Bodenschutz

Unverzichtbar: Der Schutz der Böden muss höchste Priorität erhalten

Vom fruchtbaren Boden hängt nicht nur die Ernährung des Menschen ab.

Natürliche Böden unterschiedlicher Struktur sind auch die Voraussetzung für die Artenvielfalt von Flora und Fauna, für den Wasserkreislauf, für den präventiven Hochwasserschutz und für die landschaftliche Vielfalt Bayerns.

Wir treten dafür ein, das Schutzgut Boden ebenso ernst zu nehmen wie die Schutzgüter Artenvielfalt, Gewässer, Luft und Atmosphäre. Deshalb setzen wir uns für eine wirksame und weitgehende Begrenzung des Flächenverbrauchs im Landesplanungsgesetz ein, aber auch für eine Orientierung der Landwirtschaftsförderung an den Leistungen der Bauern für die Schonung der genannten Schutzgüter. Beim Bodenschutz geht es vor allem um den Erhalt der Humusmenge und die Verhinderung von Erosion, weiterer Verdichtung und Kontamination mit Schadstoffen.

Grund Nr. 6

ÖDP – die Familienpartei

Familiengehalt mit Rentenanspruch

Sich Kindern zu widmen, darf nicht weiter bestraft werden. Wer sich der Aufgabe zuwendet, Kinder in eine glückliche Zukunft zu führen, muss vom Staat entsprechend unterstützt werden. Dasselbe gilt für die Pflege von Angehörigen und Partnern.

„Sorge-Arbeit“ für Kinder und pflegebedürftige Angehörige ist vollwertige Arbeit. Das bayerische Betreuungsgeld erfüllt diese Anforderung nicht: Es muss zu einem echten Familiengehalt mit Rentenanspruch ausgebaut werden.

Grund Nr. 7

ÖDP – die kinderfreundliche Partei

Jedem Kind eine Chance – zweite Kraft in jeder Klasse

Damit die individuelle Förderung aller Kinder gelingt, müssen den Lehrkräften in allen Klassen Assistenzkräfte zur Verfügung stehen. Neben dem Unterricht soll auch die Gestaltung der Schule eine Lernkultur fördern, welche die Schüler von Belehrteten zu Lernenden macht. Ziel des Unterrichts soll sein, Zusammenhänge deutlich zu machen und Kinder und Jugendliche zu nachhaltigem Handeln zu motivieren.

Grund Nr. 8

ÖDP – die Partei für Sicherheit und Ordnung

Nur ein aktiver, leistungsfähiger Staat kann vor Kriminalität und Freiheitsverlusten schützen

Terror und Kriminalität bedrohen Freiheit und Persönlichkeitsrechte aller Menschen. Auch die global agierenden Kommunikations-/Internetkonzerne („Big Data“) haben die Möglichkeit, Grundrechte der Nutzer auszuhebeln und die ganze Gesellschaft zu manipulieren. Die ÖDP Bayern nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst: Für uns gehört die innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung zu den besonders wichtigen Aufgaben des Staates. Wir wollen das Personal für Polizei und Justiz deutlich aufstocken.

Grund Nr. 9

ÖDP – die Partei für ehrliche und direkte Demokratie

Nur eine unabhängige Politik trifft Entscheidungen zum Wohle aller

Große Konzerne und Verbände begünstigen jedes Jahr mit hohen Geldspenden und Sponsoring Parteien. Wir halten diese Praxis für Bestechung und haben uns selbst verpflichtet, solche Spenden nicht anzunehmen. Nur eine unabhängige Politik wird bei politischen Entscheidungen das Gemeinwohl aller im Auge haben. Parteien, die hohe Zuwendungen von Konzernen und Verbänden erhalten, werden sich dadurch bei ihren politischen Entscheidungen immer beeinflussen lassen. Bayern muss sich daher für klare Regeln im Parteiengesetz einsetzen: Spenden von juristischen Personen an Parteien und Politiker müssen verboten werden.

Grund Nr. 10

ÖDP – die Partei der Regionalität

Regionalität statt Zentralismus

Eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln und Wirtschaftsgütern bedeutet nachhaltiges Wirtschaften, kurze Wege, geringes Verkehrsaufkommen und gleichzeitig wohnortnahe Arbeitsplätze. Deshalb vertritt die ÖDP die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen überall im Land. Regionalität muss auch bei öffentlichen Ausschreibungen eine notwendige Grundvoraussetzung sein, um die Vorherrschaft internationaler Konzerne zurückzudrängen. Hierzu müssen die Vorschriften zu Ausschreibungen öffentlicher Aufträge geändert werden. Die Globalisierung ist kein natürlicher Prozess. Sie wurde gesteuert und ist damit umkehrbar!

Grund Nr. 11

ÖDP – die Partei für Verbraucherschutz

Besserer Schutz durch wirksame Kontrolle

Die Bayern-Ei-Affäre hat gezeigt, dass die an den Landratsämtern angesiedelte Überwachung der dafür verantwortlichen Betriebe versagt hat. Die ÖDP fordert die Überführung sämtlicher Überwachungsaufgaben in staatliche Kontrollbehörden, die unabhängig von dem Einfluss politischer Beamter ihrer Tätigkeit nachkommen.

Die weitere Privatisierung von Überwachungsaufgaben wie z. B. bei der Überwachung von Abwassereinleitungen lehnen wir kategorisch ab. Die immissionsschutzrechtliche Überwachung von genehmigungsbedürftigen Anlagen ist ebenfalls in eine staatliche Mittelbehörde zu integrieren.

Haushaltsgeräte müssen mindestens fünf Jahre halten! Die ÖDP will die gesetzliche Mängelhaftung für Haushaltsgeräte, Informations- und Unterhaltungselektronik auf 5 Jahre verlängern. Im Landtag werden wir noch im Jahr 2018 eine bayerische Bundesratsinitiative beantragen. Alle kennen das Problem: Die Lebensdauer von Produkten wird immer kürzer. Teure Reparaturen, fehlende Ersatzteile und ständige Neuheiten sind einige Gründe dafür. Kurz nach Ablauf der Gewährleistungsfrist funktionieren Geräte plötzlich nicht mehr. Der Verdacht liegt nahe, dass manche Hersteller gezielt Schwachstellen in ihre Geräte einplanen, um die Nutzungszeit künstlich zu verkürzen und den Absatz anzukurbeln. Dies führt zu unnötigen finanziellen Belastungen der Verbraucher und zu einer noch größeren Belastung für die Umwelt. Wir werden dieses Thema mit besonderem Nachdruck bearbeiten, für besseren Verbraucherschutz kämpfen, und der Wegwerf-Mentalität und Geldgier der Hersteller Grenzen setzen. In all unseren Produkten stecken wertvolle Ressourcen, Energie und Arbeitskraft. Sie sollten so lange wie möglich genutzt werden können.

Grund Nr. 12

ÖDP – die Tierschutzpartei

Wahre Menschlichkeit zeigt sich beim Tierschutz

Tiere haben Rechte. Der Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ist oft abstoßend und erschütternd. Wahre Humanität strebt nach höchsten Standards beim Tierschutz. Dies muss zur Maxime bayerischer Politik werden – sowohl in der Landwirtschaftspolitik als auch in der Forschungspolitik. Wirksame Kontrollsysteme müssen die praktische Umsetzung garantieren.

Grund Nr. 13

ÖDP – die Partei des Menschenrechts

Der Mensch muss vor der Diktatur der Algorithmen geschützt werden

Die Ausstattung ganz Bayerns mit einer leistungsfähigen Infrastruktur für den modernen Datenverkehr ist überfällig und selbstverständlich. Digitalisierung muss aber auf allen Gebieten als Werkzeug eingestuft werden. Dies ist nicht mehr selbstverständlich, weil mächtige Ideengeber aus dem Bereich der Digitalisierung durchaus damit rechnen, dass Menschen als verantwortlich-handelnde Personen nicht nur im Straßenverkehr (autonome Fahrzeuge), sondern letztlich in der gesamten Wirtschafts- und Alltagswelt mehr und mehr durch datenbasierte Systeme ersetzt werden können. Alle neuen Digitalisierungsprojekte sind unter dem Aspekt zu beurteilen, ob sie die Entrechtung der menschlichen Person bewirken oder lediglich eine erwünschte, werkzeuglich-helfende Funktion haben.

Um die Persönlichkeitsrechte der Nutzer zu stärken, zu erhalten bzw. wiederherzustellen, muss die Monopolbildung im Bereich von „Big Data“ (soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Nachrichtendienste etc.) bekämpft werden. Öffentlich-rechtliche Angebote in diesem Bereich sind zu erhalten bzw. neu zu entwickeln, um Alternativen zu den kommerziellen Angeboten vorzuhalten.

Schule und Erwachsenenbildung müssen vor allem auch zur kritischen Selbstverteidigung gegen Big Data und die drohende „Diktatur der Algorithmen“ befähigen.



© Horst Hätzinger

WIR ACHTEN DIE GRUNDWERTE (14 – 19)

Grund Nr. 14

Medizinische Forschung darf nur ohne den Verbrauch menschlicher Embryonen betrieben werden

Wir stehen zum strengen deutschen Embryonenschutzgesetz. Die Würde des Menschen ist von Anfang an unantastbar. Menschliches Leben darf von der Befruchtung an nicht als Material für die Forschung entwertet werden.

Grund Nr. 15

Ermutigung und Unterstützung für alle schwangeren Frauen – für den Schutz des ungeborenen Lebens

Frauen und Familien muss die Entscheidung für ein Kind erleichtert werden. Niemand sollte Sorgen haben müssen, wegen eines Kindes sozial, beruflich, finanziell oder psychisch ins Abseits zu rutschen. Bayern muss ein Land werden, wo man ohne Existenzangst, Diskriminierung und Ausgrenzung Kinder haben kann. Kinderfeindliche Strukturen sind überall abzubauen, die Beratung und Begleitung der Eltern ist zu verbessern und materielle Sicherheit (siehe Bezahlung familiärer Sorgearbeit) ist zu gewährleisten. Die ÖDP lehnt es ab, Leben zu bewerten. Jedes Kind ist willkommen. Das Kind und seine Bezugspersonen sind zu unterstützen, um ihnen ein glückliches Leben zu ermöglichen.

Grund Nr. 16

Keine Patente auf Leben

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Patente auf menschliches Erbgut lehnen wir entschieden ab. Patente und damit Vermarktungsmöglichkeiten auf Leben dürfen nicht erteilt werden. Dies muss für alle Organismen sowie deren Erbgut und Bestandteile gelten.

Grund Nr. 17

Der Sonntag muss geschützt bleiben

Wir treten dafür ein, den Sonntag als allgemeinen Ruhetag verkaufsfrei zu halten und entsprechend gesetzlich zu schützen. Alle Menschen, besonders Familien, aber auch die Gesellschaft insgesamt, brauchen diesen besonderen Tag. Er ist eine der besten Erfindungen der jüdisch-christlichen Tradition. Er bringt eine notwendige Unterbrechung unserer durchökonomisierten Abläufe, rhythmisiert das Leben und ermöglicht Orientierung in der Zeit; nicht zuletzt bietet er Freiräume für familiäre, kirchliche, sportliche und sonstige Veranstaltungen.

Grund Nr. 18

Integration fordern und fördern

Mit großer Sorge sieht die ÖDP die Zunahme von Ausländerfeindlichkeit und rechtem Gedankengut in Teilen der Gesellschaft. Mit voller Kraft muss der Staat dieser heraufziehenden Gefahr entgegenwirken. Die ÖDP steht für die Integration bleibeberechtigter Flüchtlinge. Um Staat und Gesellschaft nicht zu überfordern und die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns zu unterstreichen, sind Nicht-Bleibeberechtigte in zweifelsfrei sichere Herkunftsländer zurückzuführen. Eine menschenwürdige Behandlung ist für uns selbstverständlich.

Ebenso selbstverständlich ist für uns, dass Deutsche, Flüchtlinge und Asylbewerber das Grundgesetz anerkennen und sich zu den unveräußerlichen Grundrechten bekennen. Dazu gehören insbesondere die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, des Pluralismus, der Trennung von Staat und Religion, der Meinungsfreiheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ebenso sind alltagstaugliche Kenntnisse der deutschen Sprache für eine gelungene Integration unabdingbar.

Weil wir in Deutschland nicht alleine die Probleme der ganzen Welt lösen können, wollen wir eine Politik voranbringen, die über die Grenzen schaut. Wir treten für das Entstehen gerechter Strukturen in einer globalisierten Welt ein. Dazu gehören auch das Verbot von Rüstungsexporten in Nicht-EU-Staaten (unter Einhaltung der EU-Regelungen) und die Förderung eines fairen Welthandels, besonders im Hinblick auf die Agrarpolitik. Wir unterstützen den Global Marshallplan und die globalen Entwicklungsziele der UN (Sustainable Development Goals - SDGs). Integrierte und langfristig berufstätige Flüchtlinge und Asylbewerber brauchen eine Bleibeperspektive.

Grund Nr. 19

Zuwanderung gestalten

Gewollte Zuwanderung bedarf einer gesonderten gesetzlichen Regelung. Dazu fordern wir ein integrationsförderndes Einwanderungsgesetz. Eine abwerbende Zuwanderungspolitik darf nicht zu einem „Ausbluten“ der Herkunftsländer führen.

GLOBAL GEGEN DIE ÜBERHITZUNG DER ERDE – LOKAL FÜR NACHHALTIGE ENERGIE AUS DER REGION FÜR DIE REGION (20 – 25)

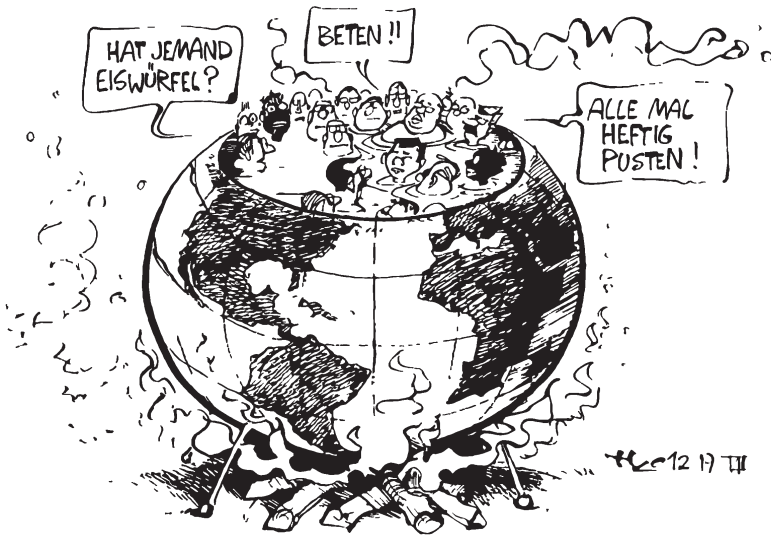
Bayerns Beitrag für Versorgungssicherheit und gegen die Überhitzung der Erdatmosphäre

Grund Nr. 20

Versorgungssicherheit: Regional und erneuerbar erzeugte Energie schützt vor Preisschwankungen und Erpressbarkeit

Nicht nur die drohende Überhitzung der Erdatmosphäre, sondern auch die unsichere Versorgungslage sprechen für eine regionale, auf erneuerbare Quellen setzende Energiewirtschaft. Die nach wie vor bestehende Abhängigkeit von importiertem Erdgas, Erdöl und Kohle macht uns erpressbar und setzt unsere Wirtschaft unkalkulierbaren Preisschwankungen aus. Erneuerbar und regional – das heißt auch: Echte Chancen für mittelständische, landwirtschaftliche und kommunale Unternehmen in Bürgerhand – unabhängig von alten Konzernstrukturen. Deshalb setzen wir uns für die Regionalisierung der Energieversorgung ein und streben die Versorgung Bayerns zu 100% aus erneuerbaren Energien bis 2030 an. Dazu müssen die lokale Erzeugung und der Handel mit Energie auf kurzem Wege für alle Bürger ermöglicht werden. Bürokratische Hürden sind ab-, nicht aufzubauen. Abgaben wie Netzgebühren müssen die wirkliche Nutzung des Stromnetzes widerspiegeln anstatt der Quersubventionierung großindustrieller Verbraucher zu dienen. Statt mit neuen Fernleistungsstromtrassen die Kohleverbrennung im Norden und Osten zu zementieren, sind der Einsatz von neuen Energiespeichertechnologien, Lastmanagement und flexibel betriebene

Biogasanlagen, die Blühpflanzenmischungen, organische Abfälle und Gülle vergären, in Bayern zu fördern. So muss die Erzeugung von erneuerbarer Energie mit der Nachfrage möglichst schon regional zu jedem Zeitpunkt weitgehend in Deckung gebracht werden. Fernleitungstrassen werden damit überflüssig. Den Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke lehnen wir aus Gründen des Landschaftsschutzes ab.



© Horst Hatzinger

Grund Nr. 21

Der Freistaat Bayern muss in den kommenden zehn Jahren den Schwerpunkt seiner Investitionstätigkeit auf die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude legen

Alle öffentlichen Gebäude benötigen effiziente Heizungs- und Belüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung und Elektro- bzw. EDV-Anlagen der höchsten Effizienzklasse. Wo immer möglich und sinnvoll sind Photovoltaikanlagen zur Eigenstromnutzung und Speicherung zu installieren. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist bei Neubauten und bei der Renovierung von Altbauten gesetzlich vorzuschreiben, in der Bauleitplanung vorzusehen und finanziell zu fördern. Maßnahmen zur Wärmedämmung der Gebäudehülle sind mit recyclebaren Materialien durchzuführen.

Grund Nr. 22

Kein Fracking in Bayern

Methoden wie Fracking werden von uns entschieden abgelehnt, ebenso wie Bohrungen in sensiblen Gebieten (u. a. Natur- oder Trinkwasserschutzgebiete oder Mineralwasservorkommen). Gesundes Trinkwasser hat Vorrang vor Profit.

Grund Nr. 23

Bayern muss sein Windkraftpotenzial nutzen

Die Windkraft wurde in Bayern von der CSU zunächst bürokratisch behindert und dann durch die „10-H-Regelung“ aggressiv bekämpft und faktisch gestoppt – vielen engagierten bayerischen Bürgerinnen und Bürgern zum Trotz. Wir setzen uns dafür ein, Vorranggebiete für die Windkraft zu ermitteln und in den Regionalplänen auszuweisen. Dabei sind die Be-

lange des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und des Lärmschutzes selbstverständlich zu berücksichtigen. Bürgerinnen und Bürger sind systematisch einzubinden, sowohl bei der Entscheidungsfindung als auch bei der wirtschaftlichen Beteiligung an neuen Windanlagen.

Grund Nr. 24

Dem Ausstieg aus der Atomkraft muss der Ausstieg aus dem Kohlestrom folgen

So wie die ÖDP in München den Ausstieg der Stadtwerke aus dem Kohlestrom vorantreibt, so muss dies auch bayernweit bis 2022 geschehen, um im Sinne des Pariser Abkommens für den Klimaschutz den entsprechenden Beitrag zu leisten.

Grund Nr. 25

Energiewende zur Chefsache machen

Vom Erfolg der Energiewende hängt unsere und die Zukunft der uns nachfolgenden Generationen ab. Ein Kompetenzgerangel, das eine konsequente Energiewende verhindert, können wir uns nicht leisten. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

Das Thema Energie ist aus dem Wirtschaftsministerium dem Umweltministerium zuzuordnen. Mit einem Ministerium für Umwelt, Energiewende und Verbraucherschutz haben wir dann ein eigenes Energiewendeministerium, das die Ziele der Klimagipfel umsetzen kann.

WIR FINDEN UNS MIT DER ATOMGEFAHR NICHT AB (26 – 28)

Grund Nr. 26

Aufbau von Hochsicherheits-Zwischenlagern

Da eine erfolgreiche Suche und Errichtung eines sicheren Endlagers noch für Jahrzehnte unwahrscheinlich ist, fordern wir:

Die jetzigen unsicheren Zwischenlager sind durch sabotagesichere Hochsicherheitszwischenlager mit weiträumigen Flugverbotszonen zu ersetzen. Betreiber dieser atomaren Lagerstätten muss der Staat bzw. eine Staatengemeinschaft sein, da kein Energieversorger diese langen Zeiträume überdauert.

Grund Nr. 27

Atomausstieg sofort – nicht erst am 01.01.2023

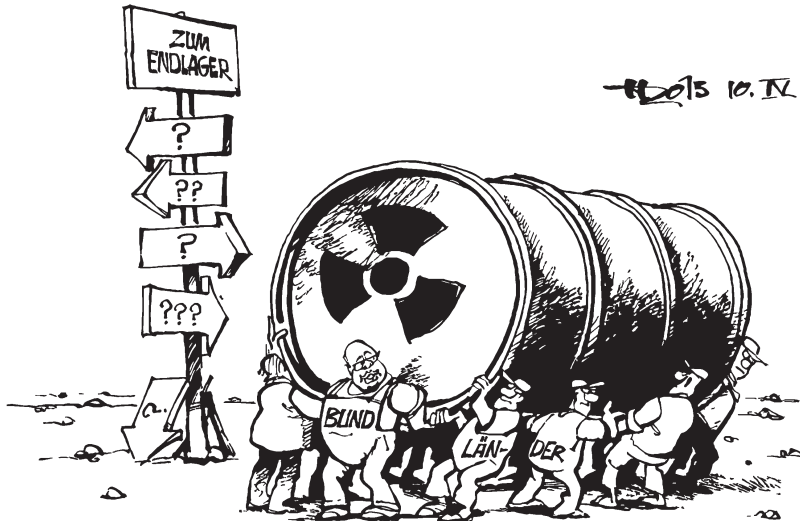
Der lebensgefährliche Betrieb von Atomkraftwerken darf nicht bis Anfang 2023 fortgesetzt werden. Isar II und Gundremmingen C sind sofort abzuschalten - nicht erst am 31.12.2021 bzw. am 31.12.2022. Nach einem jederzeit möglichen großen Unfall in einem dieser Kraftwerke wäre ganz Bayern unbewohnbar. Zur Vorsorge sind um alle Atomanlagen weite Flugverbotszonen einzurichten und zu überwachen.

Grund Nr. 28

Schließung der Atomkraftwerke in Temelin und den benachbarten Ländern

Ganz Bayern liegt im Bereich der Todeszone, falls im tschechischen Atomkraftwerk Temelin ein großer Unfall eintreten sollte. Es müssen europäische Ausstiegsszenarien für Temelin und alle anderen europäischen Atomkraftwerke entworfen und Ersatztechnologien angeboten werden.

Der Euratomvertrag ist zu kündigen.



© Horst Hatzinger

MOBIL SEIN – MIT VERANTWORTUNG (29 – 37)

Die Verkehrsprognose 2025 der Staatsregierung darf nicht Wirklichkeit werden

Aufgabe der Politik ist es nicht, immer mehr Verkehr zu ermöglichen, sondern Szenarien zu schaffen, in denen immer weniger Verkehr nötig ist. Die von der Staatsregierung prognostizierten Wachstumsraten (100% mehr Flug- und 50% mehr Lkw-Verkehr) gefährden massiv die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Zudem wird Ressourcenverknappung begünstigt.

Grund Nr. 29

Tempolimit für Sicherheit, Energieeinsparung und Lebensqualität

Wir fordern ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h sowie ein grundsätzliches Tempolimit von 30 km/h in Wohngebieten. Dies führt zu einem besseren Verkehrsfluss, Energieeinsparung, einem geringeren CO₂-Ausstoß, niedrigeren Unfallzahlen und zu entspannterem Fahren. Wir fordern ein Dieselfahrverbot in den Städten, wenn die Stickoxidgrenzwerte überschritten werden, um die Gesundheit der Stadtbewohner zu schützen.

Grund Nr. 30

Mobilität mit weniger Verkehr

Vorrangiges Ziel einer ökologisch-sozialen Verkehrspolitik ist die Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs. Alle Treibstoffe sind aus regenerativen Quellen zu gewinnen (Ökostrom, Power to Gas, Elektrolyse, ...). Dem Mobilitätsbedürfnis sollte vorrangig mit überall verfügbarem ÖPNV, verbunden mit einem guten Rad- und Fußwegenetz, Rechnung

getragen werden. Die Verringerung des Individualverkehrs dient dem Wohl von Verkehrsteilnehmern und Anwohnern durch Schutz vor schädlichem Feinstaub und Stickoxiden.

Grund Nr. 31

Chancen für die E-Mobilität

Aufgrund hoher Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Städten ist ein rascher Umstieg auf die Elektromobilität anzustreben. Sie soll durch die Streichung aller Subventionen für Verbrennungsmotoren und durch eine höhere Besteuerung von fossilen Treibstoffen konkurrenzfähig gemacht werden. Für eine positive Ökobilanz soll der Strom aus erneuerbaren Energien stammen. Die Akzeptanz des Elektroautos muss durch ein dichtes Netz an Ladestationen, auch in Wohngebieten, gefördert werden. Die kommunalen Fuhrparke sind ab sofort auf Fahrzeuge mit Elektro-Antrieb umzustellen.

Grund Nr. 32

Ausbau und Qualitätsverbesserung beim öffentlichen Personennahverkehr in ganz Bayern

Schienen- und Busverbindungen in den Regionen Bayerns sind zu modernisieren und auszubauen, damit ein breites Angebot die Verkehrsbelastung reduzieren kann. Alle Bahnstrecken sind zu elektrifizieren. Der ÖPNV und seine Busverbindungen sind in Linien wesentlich zu verstärken und für 7 Tage in der Woche von frühmorgens bis abends im Halbstundentakt zu bedienen oder zumindest durch Anrufsysteme (Anrufsammeltaxi) zu ergänzen. Die staatlichen Zuschüsse für den ÖPNV sind zu erhöhen mit dem Ziel, die Fahrpreise bis 2023 im Vergleich zu 2018 zu halbieren. Die Fahrradbeförderung ist zu ermöglichen.

Grund Nr. 33

Kein Ausbau von Flughäfen – Gerechte Besteuerung des Flugverkehrs

Das Flugzeug ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel. Das Luftverkehrswachstum hat massive Folgen für die gesetzten Klimaschutzziele. Die Pläne für eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen – trotz gegenteiligem Bürgerentscheid – sind unverantwortlich. Gleiches gilt für den weiteren Ausbau und die Subventionierung von Regionalflughäfen. Solche Maßnahmen schädigen nicht nur das Klima, sondern gefährden die Gesundheit aller. Bayern muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Subventionierung des Flugverkehrs abgebaut und Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern geschaffen wird (Kerosinsteuer, Mehrwertsteuer auf alle Tickets etc.). Kurzstreckenflüge sind durch entsprechende Bahnangebote zu ersetzen.

Grund Nr. 34

Schienennetz in öffentlicher Hand

Ein leistungsfähiges Schienennetz ist für ein zukunftssicheres Verkehrssystem unverzichtbar. Deshalb treten wir dafür ein, das Schienennetz wie das Straßennetz als Gut der gesamten Bürgerschaft in öffentlichem Eigentum zu belassen.

Grund Nr. 35

Für den landkreisübergreifenden öffentlichen Personen-nahverkehr (ÖPNV) in den Regionen sollen künftig die Bezirke zuständig sein

Wir wollen diese Zuständigkeit auf die Bezirke verlagern, weil dann die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Buslinien landkreisübergreifend und bedarfsgerecht in Abstimmung mit dem regionalen Schienenverkehr eingerichtet werden können.

Grund Nr. 36

Fahrrad- und fußgängerfreundliche Städte und Gemeinden

Energieeinsparung und Klimaschutz werden durch Zu-Fuß-gehen oder Fahrrad-fahren wesentlich verbessert. Die Infrastruktur dafür ist in allen Kommunen, nicht zuletzt auch im Interesse der Verkehrssicherheit, zu verbessern. Fahrradkonzepte sind zu erstellen und zu fördern. Durch ein engmaschiges Fußwegenetz, sichere und häufige Querungen inner-örtlicher Straßen und eine attraktive Gestaltung der öffentlichen Räume wird das Zu-Fuß-gehen gefördert und die Ortskerne erfahren eine Belebung.

Grund Nr. 37

Vorrang der Schiene vor der Straße

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass Güter- und Personenverkehr in möglichst großem Umfang von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Das Schienennetz ist vorrangig vor neuen Straßen und Autobahnen ökologisch verträglich auszubauen. Fernbusse, die das Straßennetz unentgeltlich nutzen dürfen, und die Zulassungen von „Gigalinern“ setzen das falsche Signal. Der Freistaat Bayern ist aufgefordert, im Bundesrat und in anderen maßgebenden Gremien auf eine entsprechende Bundesgesetzgebung hinzuwirken.

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE – ÖKOSOZIAL STATT MARKTRADIKAL (38 – 51)

Grund Nr. 38

Mensch vor Profit! Das Gemeinwohl muss Ziel des wirtschaftlichen Handelns in einer ökosozialen Marktwirtschaft sein

In Artikel 151 der Bayerischen Verfassung wird ein wichtiges Ziel vorgegeben, das aktueller denn je ist: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl...“ Im 21. Jahrhundert kann das Gemeinwohl nicht gegen die Interessen künftiger Generationen und nicht ohne den Blick auf die Menschen in der Einen Welt gedacht werden. Deshalb gilt für uns das Leitbild einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft auf der Basis fairer Welthandelsbeziehungen.

Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen, ökonomischen Bilanz eine „Gemeinwohl-bilanz“ aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile genießen. Gemeinwohl-Kriterien sind z. B. familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten, Arbeitsplatzsicherheit, Aktivitäten zur Vermögensbildung der Mitarbeiter und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, schadstoffarme und der Gesundheit zuträglichste Produkte und Produktionsbedingungen.

Öffentlich-rechtlich organisierte Unternehmen müssen vorbildhaft Gemeinwohl-Bilanzen erstellen. Mit Kammern und Verbänden (Handwerk, Landwirtschaft, Handel, Industrie) sind seitens der Staatsregierung Vereinbarungen zur Entwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie abzuschließen.

Grund Nr. 39

Arbeit von Steuern und Abgaben entlasten – Umweltschädigung, Kapitalerträge und Finanztransaktionen belasten

Wir treten für eine umfassende, schrittweise Steuerreform zugunsten von Arbeit und Umwelt ein. Die extrem hohen Sozialabgaben und Steuern auf Löhne und Gehälter sind aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Gründen unsinnig und schädlich.

Der gesellschaftlich erwünschte Faktor Arbeit ist zu entlasten; im Gegenzug sind die problematischen Faktoren Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch stärker zu belasten. Damit entstehen Anreize zur Energie- und Rohstoffeffizienz. Legale Arbeit wird bezahlbar, Schwarzarbeit wird weniger attraktiv. Vor allem Dienstleistungen (Pflege, Krankenhaus, Kindergarten), aber auch Forschung und Entwicklung sowie die Reparaturarbeit erhalten auf diese Weise Auftrieb.

Zu der von uns geplanten Steuer- und Abgabenreform gehört auch die höhere Besteuerung von Kapitalerträgen und die Erhebung einer Umsatzsteuer auf alle Börsengeschäfte („Finanztransaktionssteuer“).

Insgesamt unterstützen wir den international gültigen Grundsatz öko-sozialer Reformkräfte: „Tax bads not goods!“ (Besteuere Schlechtes, nicht das Gute!)

Grund Nr. 40

ÖDP – die Partei des Gemeinwohls

Unser Leitbild ist eine Marktwirtschaft, die Werte respektiert und fairem Handel Vorrang vor Gewinnmaximierung einräumt. Die Wirtschaft ist nicht nur kommerziellem Erfolg, sondern auch den Geboten der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung verpflichtet, so wie es die Bayerische Verfassung in Artikel 151 vorsieht: Die gesamte wirtschaftliche

Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten.

Wir sind gegen einseitige Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände und fordern einen Ethikrat für jede Wirtschaftsbranche.

Grund Nr. 41

Spürbare Anerkennung für Ausbildungsbetriebe

Die Sozialbeiträge für Lehrlinge werden aus der Steuerkasse bezahlt

Ausbildungsbetriebe leisten Wertvolles für die Allgemeinheit. Deshalb wollen wir, dass die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die Ausbildungsvergütung entfallen und solidarisch aus der Steuerkasse bezahlt werden. Für Ausbildungsverhältnisse und Prüfungen dürfen keine Kammergebühren erhoben werden.

Grund Nr. 42

Auskömmliche Mindestlöhne – wie in der Bayerischen Verfassung vorgesehen

Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit

Laut Bayerischer Verfassung (Artikel 169) können für jeden Berufszweig Mindestlöhne festgesetzt werden, die einen angemessenen Lebensunterhalt sichern und die Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen.

Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn (Artikel 168).

Diesen Verfassungsaussagen fühlen wir uns verpflichtet! Dumpinglöhne führen zu Altersarmut. Ein angemessener Mindestlohn müsste deshalb nach derzeitiger Rentenformel mindestens 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde betragen, um nach einem Vollzeitlerwerbsleben einen Rentenanspruch von mindestens 1050 Euro zu garantieren. Dies darf auch nicht durch Handelsabkommen wie TISA unterlaufen werden.

Grund Nr. 43

Die Trinkwasserversorgung darf nicht privatisiert werden

Die marktradikalen ökonomischen Ideologen versuchen immer wieder (z. B. durch internationale Handelsverträge wie TISA, CETA, TTIP) die Privatisierung als Allheilmittel durchzusetzen. Wir dagegen treten dafür ein, Bereiche der Grundversorgung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung (z. B. bei den Gemeinden) zu belassen: Die Trinkwasserversorgung gehört dazu.

Grund Nr. 44

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken – Klima und Arbeitsplätze schützen

Die ÖDP steht dafür, umweltschonende und Landschaft erhaltende Bewirtschaftungsweisen stärker zu honorieren und damit die Motivation der Bürger, in ihrem Lebensumfeld selbst aktiv zu werden, zu fördern. Dabei hilft die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Arbeitsplätze zu bewahren und durch kurze Wege das Klima zu schützen.

Grund Nr. 45

Marktwirtschaft braucht optimalen Verbraucherschutz und klare Kennzeichnung der Produkte

Guter Verbraucherschutz und möglichst umfassende Information über Produktqualitäten, Herkunft und Herstellungsprozesse sind zwingend erforderlich. Die Verbraucherschutzorganisationen sind zu fördern, Verbraucherberatungsstellen sind landesweit vorzuhalten.

Grund Nr. 46

Für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatung

Die Verschuldung von Privatleuten nimmt zu. Deshalb fordern wir den Ausbau und eine bessere Ausstattung der Beratungsstellen durch den Freistaat ein, was durch die Kreditgeber mit 0,1% der Abschlusssumme aller Konsumentenkredite und Ratenzahlungsvereinbarungen finanziert werden soll.

Grund Nr. 47

Bildungseinrichtungen müssen wieder frei von Konsumwerbung werden

Die Wirtschaft dringt in alle Lebensbereiche ein. Selbst in die Schulen drängen Firmen mit Sponsoring und Werbung. Diese Entwicklung halten wir für falsch. Wirtschaft und öffentliche Daseinsfürsorge sind strikt zu trennen.

Grund Nr. 48

Wir fordern die Schaffung gleichwertiger Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in allen Landesteilen

Innerhalb Deutschlands und vor allem auch innerhalb Bayerns herrschen und entstehen völlig unterschiedliche Wirtschafts- und Lebensbedingungen. Dies führt zu Wanderbewegungen, zu verlassenen Regionen auf der einen Seite und zu Überhitzungen und ungesunden Wachstumsprozessen an anderer Stelle.

Einseitige öffentliche Investitionen in die Infrastruktur der „Boom-Regionen“ lehnen wir ab, damit gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern herrschen.

Grund Nr. 49

Bayern wird, wie seine Nachbarn in Österreich, Partner des „Global-Marshall-Plans“

Was die Landtage von Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Burgenland schon beschlossen haben, muss auch Bayern schaffen: Aktiver Einsatz für die Idee des Global-Marshall-Plans! Diese Initiative von Wissenschaftlern und Vordenkern will eine weltweite ökosoziale Wirtschaftsordnung schaffen und ökologisch-soziale Mindeststandards in Entwicklungs- und Industrieländern durchsetzen. Dadurch wird der Migrationsdruck durch Abbau von Fluchtursachen wirksam gedämpft. Die ÖDP ist als einzige deutsche Partei aktive Unterstützerin der GMP-Initiative.

Grund Nr. 50

Ausschreibung und Beschaffung der öffentlichen Hand nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien

Alle staatlichen Ebenen müssen ihre Möglichkeiten nutzen, Ausschreibung und Beschaffung neben dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit auch nach den Prinzipien der Ökologie, der Regionalität, des Fairen Handels und der Nachhaltigkeit zu gestalten.

Grund Nr. 51

Staatliche Leistungen nicht auf private Konzerne verschieben

Wir lehnen die kostenintensive Verschiebung staatlicher Leistungen auf private Konzerne (z. B. Bau und Betrieb von Autobahnen, öffentlichen Bauten) entschieden ab. Die sogenannte PPP (Public-Private-Partnership) ist durch Beurteilung der Rechnungshöfe als Belastung für die öffentlichen Haushalte entlarvt.

WIR WERDEN IM PARLAMENT DEN FAMILIEN EIN VERLÄSSLICHER PARTNER SEIN (52 – 56)

Grund Nr. 52

Honorierung der Erziehungsleistung

Die Notwendigkeit der Bezahlung familiärer Sorgearbeit (Erziehung, Betreuung, Pflege) ergibt sich aus unserem Rentenrecht und ist daher eigentlich eine Verpflichtung des Bundes. Bayern trägt aber über den Bundesrat eine Mitverantwortung. Durch das Rentenrecht werden alle heutigen Kinder verpflichtet, später allen heute Erwerbstätigen, auch denen, die selbst keine Kinder hatten, eine Rente zu finanzieren. Eltern erhalten dafür bisher keine angemessene Gegenleistung. Darin liegt die Hauptursache für die zunehmende Verarmung der Familien. Eltern und Kinder haben daher den Anspruch auf Solidarität, der am besten durch ein Gehalt für familiäre Sorgearbeit erfüllt werden kann.

Grund Nr. 53

Freie Wahl des Lebensstils für Mütter und Väter

Bis zur Einführung eines bundesweiten Erziehungsgehalts fordern wir ein bayerisches Landes-Erziehungsgehalt von 1.100 Euro bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes. Dieses ist sozialversicherungspflichtig und ersetzt andere Sozialleistungen. Damit soll allen Eltern die Wahlfreiheit ermöglicht werden: Sie können mit dem Geld entweder eine Kinderkrippe nutzen, eine Betreuungskraft anstellen oder sich selbst ohne finanziellen Nachteil der Kindererziehung widmen.

Grund Nr. 54

Für ein familiengerechtes Rentensystem – Grundrente aus Steuern finanzieren – die Erziehungsleistung der Eltern als Rentenbeitrag honorieren

Von Bayern sollte der Anstoß kommen, ein wirklich familiengerechtes Rentensystem zu schaffen: Eltern müssen heute für die Kosten der Kinder aufkommen und Beiträge für die Versorgung der Rentnergeneration zahlen. Wir fordern ein familiengerechtes Rentensystem, bei dem eine Grundrente für alle aus Steuern auf jedes Einkommen, auch auf Kapitalerträge, finanziert wird. Die Erziehungsleistung der Eltern muss als Rentenbeitrag honoriert werden! Der Eintritt in das Rentenalter muss flexibel gestaltbar sein.

Grund Nr. 55

Der Freistaat muss ein Beispiel geben und die Arbeitswelt in seinen eigenen Einrichtungen familiengerecht gestalten und Teilzeitleösungen fördern

Die ÖDP fordert familienfreundliche Arbeitszeiten für Eltern. Insbesondere Alleinerziehende bedürfen eines besonderen Schutzes der Gesellschaft. Die Arbeitszeiten müssen den Bedürfnissen von Kindern und Eltern angepasst werden. Mütter und Väter mit Kindern unter drei Jahren sollen z. B. selbst entscheiden können, ob sie Nacharbeit leisten wollen. Die Wirtschaft muss den Familien dienen, nicht umgekehrt. Der Freistaat muss Teilzeit und die Rückkehr auf Vollzeit in seinen eigenen und den kommunalen Einrichtungen ermöglichen.

Grund Nr. 56

Für eine realistische Berechnung der Aufwendungen für Kinder

Alle kinderbezogenen Leistungen müssen jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst und dynamisiert werden. Zum Vergleich: Die Bezüge der Landtags- und Bundestagsabgeordneten werden mit einer Automatik-Formel jährlich an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst! Eine solche Anpassung ist für das Kindergeld ebenfalls erforderlich.



WIR WISSEN: SCHULEN UND KINDERGÄRTEN MÜSSEN ERMUTIGEN UND INDIVIDUELL FÖRDERN (57 – 67)

Grund Nr. 57

Mehr Individuelle Förderung für jedes Kind durch eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse

Der Streit um das beste Schulsystem wird nie enden. Eines gilt jedoch für alle Schularten und Systeme: Jedes Kind muss ein Anrecht auf bestmögliche Förderung bekommen.

In den Ländern mit guten Schulerfolgen stehen den Lehrern und Schülern mehrere zusätzliche Helfer (Studierende, Förderlehrer, nebenamtliche Helfer, freiwillige Aktiv-Senioren etc.) an der Seite, um leistungsfähigen Schülern zusätzliche Anregungen zu vermitteln oder hilfsbedürftigen Schülern den Stoff nahezubringen.

Unabhängig vom Schulsystem wäre das auch in unseren bayerischen Schulen sinnvoll. Deshalb treten wir für eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse ein, als Einstieg in eine verbesserte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Grund Nr. 58

Aufstiegschancen in allen Schulzweigen – Bildungskarrieren müssen von allen Ausgangspunkten möglich werden

Das gegliederte Schulsystem ist nur dann akzeptabel, wenn die größtmögliche Durchlässigkeit garantiert wird. Von jedem Startpunkt – auch von der Haupt-/Mittelschule aus – muss für begabte Kinder zu einem späteren Zeitpunkt noch jede Bildungskarriere möglich sein.

Grund Nr. 59

Keine Klassen mit über 25 Kindern/Jugendlichen – Den Lehrkräftebedarf realistisch planen

Unterschiedliche Vorbildung in den Elternhäusern, immer häufiger auftretende Lernstörungen und soziale Probleme erfordern eine stärkere Differenzierung und verlangen intensivere erzieherische Bemühungen. Das geht nur in kleineren Klassen. Wir fordern Klassenstärken von 20 Kindern bzw. Jugendlichen. Bei mehr als 25 Schülerinnen/Schülern ist die Klasse zwingend zu teilen.

Der Lehrkräftebedarf ist langfristig und so zu planen, dass es in keinem Fall zu Lehrermangel kommen kann. Mobile Reserven sind in allen Schularten fest einzuplanen.

Grund Nr. 60

Kleinere Schulen – Schülerzahl begrenzen

In der Anonymität übergroßer Schulen liegt der Keim für wachsende soziale Probleme. Daran leiden alle am Schulleben beteiligten Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte und Eltern. Neben der Begrenzung der Klassenstärken fordern wir deshalb eine Begrenzung der Höchstzahl an Schülern einer Schule. Eine allgemeinbildende Schule, unabhängig von der Schulart, sollte nicht mehr als 1.000 Schüler umfassen. Erfolgreiche Erziehung und Bildung bedingen persönliche Beziehungen in überschaubaren Einheiten. Daher sollen auch Klassen weitergeführt werden, wenn weniger als 15 Schüler in einem Jahrgang an einer Schule sind.

Grund Nr. 61

Kurze Beine – kurze Wege – Schulen am Lebensort der Kinder

Der Tendenz zu immer weiteren und aufwändigeren Schulwegen immer jüngerer Schüler muss entgegengewirkt werden. Schulen im ländlichen Bereich sind zu erhalten und gegebenenfalls wieder zu öffnen. Dabei können auch jahrgangsgemischte Klassen eine sinnvolle Option sein. Die „Schule im Dorf“ ist die Basis dafür, dass Kinder einen Bezug zu Leben, Religion und Kultur des Heimatraumes entwickeln.

Grund Nr. 62

Freie Schulwahl

Allen Eltern soll eine freie Schulwahl mit dem für ihre Kinder passendsten pädagogischen Konzept ermöglicht werden. Daher sollen neben den öffentlichen Schulen auch die staatlich anerkannten und genehmigten Ersatzschulen die gleiche finanzielle Ausstattung pro Schüler erhalten. Förderschulen sind zu erhalten, Inklusion in Regelschulen erfordert entsprechendes zusätzliches Personal. Zur freien Schulwahl gehört auch, dass allen Schülern Fahrtkostenzuschüsse gewährt werden, und zwar zumindest in Höhe der Aufwendungen, die entstehen würden, wenn das Kind die nächstgelegene Schule besuchen würde.

Grund Nr. 63

Wir treten für eine längere gemeinsame Schulzeit ein

Wir halten die frühe Übertrittsentscheidung nach der vierten Klasse und den dadurch entstehenden übermäßigen Leistungsdruck für falsch. Die angeborene Lust am Lernen wird dadurch oft genug in ihr Gegenteil verkehrt. Die ÖDP fordert daher eine gemeinsame Schulzeit bis zur einschließlich 6. Jahrgangsstufe.

Wir streben eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern an, die die Eltern als kompetente Partner anerkennt. Ihre Erziehungskompetenz soll durch Bildungsangebote an Schulen und Kindergärten gefördert werden.

Grund Nr. 64

Eine Schule für alle Sinne: Medienkompetenz – Musisches – Kochen können

„Herz und Verstand“ auszubilden, ist die wichtigste Aufgabe der Schulen, wie es wortwörtlich in der bayerischen Verfassung steht. Der verfrühte oder übermäßige Einsatz digitaler Medien, wie er neuerdings propagiert wird, lenkt genau davon ab und stört die Erziehung anstatt sie zu fördern.

Die Kinder brauchen motorische und sinnliche Erfahrung und Teamarbeit mit echten Menschen, nicht mit Computern. Wir fordern:

- **ein verstärktes Gewicht auf lebenskundliche Fächer wie Hausarbeit, Werken und Theaterunterricht zu legen.**
- **den völligen Verzicht auf Smartphone und PC mindestens bis zur siebten Jahrgangsstufe.**
- **in höheren Jahrgangsstufen einen wohldosierten Einsatz, z. B. als Rechercheinstrument.**

Wir treten dafür ein, in allen Schularten eine wichtige Alltagskompetenz für gutes Leben zu vermitteln: Jedes Kind soll kochen können! Dabei geht es vor allem um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Freude am Genuss. Nebenbei können Einsichten in ökologische Zusammenhänge, (un-)fairen Welthandel, Tierschutz und Gesundheitsvorsorge gewonnen werden.

Lernmittel sollen kostenlos zur Verfügung stehen und nicht durch Kopier- oder Papiergeld finanziert werden.

Grund Nr. 65

Integration fördern heißt Sprachbarrieren abbauen: Frühe Bildungschancen für zweisprachige Kinder

Kinder, die in Bayern mit Deutsch als Fremdsprache aufwachsen, müssen früh sprachlich gefördert werden. In Eltern-Kind-Gruppen und vor allem in den Kindergärten sind solche Kinder durch geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen bestmöglich beherrschen.

Unterstützend sind kostenlose Deutschkurse für die Eltern („Mama und Papa lernen Deutsch!“) anzubieten.

Grund Nr. 66

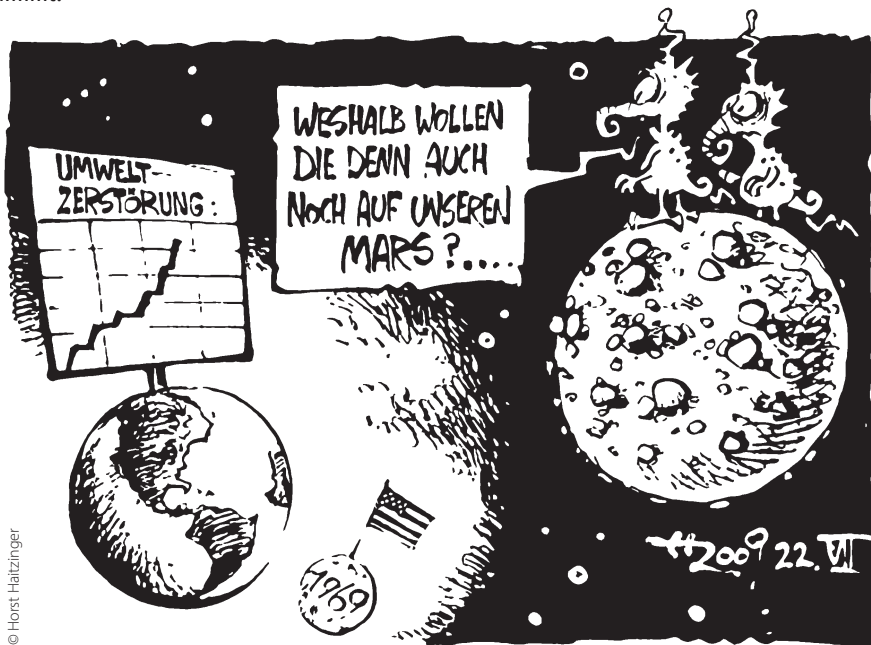
An jeder Schule soll mindestens ein(e) Sozialpädagoge/-pädagogin arbeiten

Für jede Schule muss Schulsozialarbeit zur Norm werden. Sie muss als Teil des Schulangebotes vom Staat verantwortet werden und darf nicht den Kommunen angelastet werden. Die Vielzahl der neuen Erziehungsprobleme, aber auch die ganz normalen Probleme während der Pubertät belasten den täglichen Schulalltag und behindern oft den Lernfortschritt. Deshalb muss an allen Schulen in Abhängigkeit von der Schülerzahl mindestens eine Sozialpädagogienstelle eingerichtet werden.

Grund Nr. 67

Qualitätsorientierte Kinderbildung und -betreuung

Die staatliche Bezuschussung der Kindertagesstätten muss starke Anreize für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels schaffen. Die Bindungsforschung fordert bei Kindern unter drei Jahren ein Betreuungsverhältnis von 1:3 (eine Fachkraft auf drei Kinder). Außerdem muss eine verlässliche und stabile Betreuungssituation Ziel der Fördersystematik sein. Jedes Kind muss wissen, welche Person in der „Kita“ sich in besonderer Weise seiner annimmt.



WIR WOLLEN ALLEN MENSCHEN EIN LEBEN IN WÜRDE SICHERN – UNABHÄNGIG VON ALTER ODER BEHINDERUNG (68 – 74)

Grund Nr. 68

Umbau und Umstrukturierung der Altenheime auf neue Wohnformen

Nötig ist ein Investitionsprogramm zur Umstrukturierung aller Einrichtungen auf neue Wohnformen, in denen nachweislich Pflege und menschenwürdiges Leben alter Menschen besser gewährleistet sind. Um dies zu ermöglichen, müssen viele Einrichtungen umgebaut werden: Küchen, Bäder und Treffpunkte müssen dezentralisiert und für neue Wohnformen (z. B. Wohngruppen/Hausgemeinschaften) eingerichtet werden. Als Alternative zu klassischen Altenheimen sollen Mehrgenerationenhäuser und andere Formen nachbarschaftlichen Wohnens gefördert werden.

Grund Nr. 69

Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege

Die ÖDP tritt für eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege ein. Ziel soll sein, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es müssen neben den bestehenden ambulanten Pflegediensten zusätzliche Hilfsstrukturen (Besuchs-, Hauswirtschafts-, Einkaufs-, Fahr- und kleine Handwerkerdienste) weiter aufgebaut und besser gefördert werden, um den Menschen nach einem stationären Krankenhausaufenthalt die Rückkehr und das Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Solche Hilfsange-

bote bestehen teilweise bereits, sind aber oft zu wenig bekannt, so dass hier neben verstärkter finanzieller Förderung auch eine bessere Vernetzung und koordinierte Beratung (Pflegeternetzwerk mit Lotsenfunktion) zu fordern ist.

Die Anstrengungen, Menschen mit Behinderung die volle Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, sind zu verstärken: Barrierefreie Bahnhöfe, Rathäuser, Raststätten, rollstuhlgerechte öffentliche Verkehrsmittel.

Grund Nr. 70

Mehr Geld für gute Pflege

Mit dem Pflegestärkungsgesetz wurden wesentliche Verbesserungen im Bereich der Pflege festgelegt, die ab sofort umgesetzt werden sollen. Die dazu erforderlichen Gelder werden allerdings frühestens ab 2020 zur Verfügung gestellt! Das heißt, dass die Pflegekräfte trotz sowieso schon völlig unzureichendem Stellenschlüssel, noch erheblich mehr leisten sollen (und eigentlich auch wollen, um mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein). Das Geld ist da - bei den Krankenkassen! Durch die Auslagerung der kostspieligen Pflege aus der Krankenversicherung wurde rechnerisch ein Finanzierungsnotstand im Bereich der Pflege geschaffen, während die Krankenkassen zunehmend Rücklagen anhäufen. Will man den Pflegenotstand beseitigen, muss man deutlich mehr Gelder für die erforderlichen Stellen bereitstellen. Mit verbesserten Arbeitsbedingungen müssten weniger bewährte Pflegekräfte ihrem Beruf den Rücken kehren und würden mehr Berufsanfänger zu motivieren sein.

Grund Nr. 71

Die Heimaufsicht muss in die Zuständigkeit der Bezirke kommen

Die Heimaufsicht muss auf die Bezirksebene verlagert werden und mindestens zweimal jährlich stattfinden. Die vielfachen Prüfinstanzen (Medizinischer Dienst, Gewerbeaufsicht, Gesundheitsamt, Brandschutz, Baubehörde) sind zu bündeln; die Heimbegutachtungen sind gemeinsam und öfter als bisher durchzuführen. Bei einer Überprüfung muss das Wohlbefinden der Heimbewohner immer oberste Priorität haben und nicht die formale Korrektheit der Dokumentation der täglichen Arbeit.

Grund Nr. 72

Familien bei der Pflege unterstützen

Familie ist der wichtigste Ort für Pflege und Betreuung. Pflegende Angehörige leisten einen gesellschaftlich und menschlich höchst wertvollen Dienst. Sie müssen, z. B. durch ein Pflegegehalt, finanziell, arbeitsrechtlich und rentenrechtlich in die Lage versetzt werden, für ihren pflegebedürftigen Angehörigen in der gewohnten häuslichen Umgebung zu sorgen.

Grund Nr. 73

Barrierefreier Wohnungsbau muss konsequent umgesetzt werden

Laut bayerischer Bauordnung müssen in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar und die Räume mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Diese Regelung muss konsequent umgesetzt werden.

Auch für Menschen, die von Allergien und Chemikalien- oder Elektrosensibilität betroffen sind, gilt der Grundsatz der Barrierefreiheit: in Schulen, Krankenhäusern, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen ist eine Mindestzahl von Räumen besonders schadstoff- und elektrosmogarm zu gestalten.

Grund Nr. 74

Der Freistaat muss seine Quote bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung erhöhen

Einen sinnvollen Arbeitsplatz zu haben, ist gerade für Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Der Staat muss in dieser Frage selbst Vorbild sein. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ist ein wichtiges Kriterium bei der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz.

WIR TRETEN FÜR EIN GERECHTES UND LEISTUNGSFÄHIGES GESUNDHEITSSYSTEM EIN (75 – 84)

Grund Nr. 75

Für eine ausgewogene Kombination von Prävention und kurativer Medizin (unter Einschluss von komplementären Heilverfahren)

Die ÖDP setzt sich für die Anerkennung und Förderung wissenschaftlich gesicherter komplementärer Heilverfahren ein. Dazu ist es notwendig, unabhängige Forschung an den Universitäten vor dem Einfluss von Konzerninteressen zu schützen. Es sollten verstärkt Forschungsgelder auch für die Erforschung alternativer und komplementärer Heilmittel und -verfahren gewährt werden.

Auf der Basis eines solidarisch finanzierten Gesundheitssystems sind Maßnahmen der Gesundheitsprävention weiter auszubauen. Hierzu zählt nicht nur eine engagierte und sachkundige Aufklärung der Bevölkerung über eine gesunde Lebensweise unter Einschluss von Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung etc., es muss auch umwelt- und arbeitsmedizinischen Fragen ein wesentlich höherer Stellenwert zukommen als bisher. Der Schutz der Bevölkerung vor Umweltgiften, Genussgiften (Verbot von Tabakwerbung!) und gesundheitsschädlichen Produkten, z. B. aus der Lebensmittelindustrie und der industriellen Landwirtschaft, muss Priorität vor deren Profit haben. Medizinisch indizierte Vorsorgemaßnahmen nach ärztlichem Ermessen zu Lasten der Krankenkassen sind ebenfalls zu gewähren.

Grund Nr. 76

Wir lehnen ein Gesundheitssystem ab, das den Patienten bevormundet

Nur die persönliche Eigenverantwortung der Menschen für ihre Gesundheit sichert auf Dauer die Bezahlbarkeit der Sozialsysteme. Eigenverantwortung erfordert aber auch Wahlmöglichkeiten. Grundpfeiler sind die freie Arzt- und Apothekenwahl unter Anerkennung einer Lotsenfunktion der Hausärzte. Eine gerechte und ausreichende Finanzierung des Gesundheitssystems soll künftig nach dem Modell der Solidarversicherung für alle erfolgen. Bürokratische Regelungen wie Rabattverträge lehnt die ÖDP ab, weil sie durch ständigen Wechsel der Hersteller die Arzneimittelsicherheit für Patienten gefährden.

Grund Nr. 77

Alle ärztlich verordneten Arzneimittel in den Leistungskatalog

Die ÖDP tritt dafür ein, dass ärztlich verordnete, apothekenpflichtige, pflanzliche und homöopathische Arzneimittel wieder zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehören.

Grund Nr. 78

Die „sprechende“ Medizin ist besser zu honorieren

Künftig muss Bayern bei allen Änderungen im Gesundheitswesen darauf achten, dass die „sprechende“ Medizin (ganzheitliche Betrachtung des Patienten, ausführliche Beratungsgespräche, etc.) besser honoriert wird – z. B. durch einen fest garantierten Fallwert. Wir müssen weg von Budgetierung und den starren Fallpauschalen.

Grund Nr. 79

Für eine flächendeckende Versorgung mit ärztlichen Diensten – pro Hausarzt, kontra Medizin-Konzerne

Für eine flächendeckende Versorgung mit Hausärzten spricht viel: Kurze Wege sparen Energie. Alte Menschen können „medizinische Zentren“ oft nur schwer erreichen. Die persönliche, oft langjährige Begleitung der Patienten reduziert Kosten und ermöglicht eine fachliche Koordination der Behandlungsprozesse im differenzierten Gesundheitssystem. Hausarztpraxen sind gerade auf dem Land unerlässlich.

Grund Nr. 80

Wir verteidigen die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke gegen anonyme „Apotheken-Supermärkte“ und Internet-Verkäufe

Wie die Hausarztpraxis ist die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke für die Basisversorgung vor allem auch im ländlichen Raum unverzichtbar. Nur so lässt sich eine sichere, flächendeckende Rund-um-die-Uhr-Versorgung aufrechterhalten. Bayern muss dazu beitragen, die Gesetzgebung in Bund und Europa so zu gestalten, dass beratungsarme „Apothekenketten“ verhindert werden können. Die persönlich verantwortlich geführte Apotheke gehört zur unabdingbaren Grundstruktur der mittelständischen Wirtschaft mit einem hohen qualifizierten Arbeitsplatzangebot.

Grund Nr. 81

Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel

Wir befürworten eine Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel auf den ermäßigten Steuersatz wie in anderen EU-Ländern. Dies bewirkt einerseits eine Senkung der Krankenkassenausgaben für Arzneimittel, andererseits verbilligt es für die Bevölkerung den Preis jener Arzneimittel, die sie selbst bezahlen müssen (vor allem auch im alternativ-naturmedizinischen Bereich).

Grund Nr. 82

Beibehaltung einer wohnortnahen Versorgung mit öffentlichen Krankenhäusern

Um die flächendeckende, wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern und Altenheimen sicherzustellen, darf die Finanzierung nicht noch weiter reduziert werden.

Die Bezahlung der Behandlung von Krankenhauspatienten über standardisierte Diagnosegruppen (DRGs) ist weder der Individualität der Patienten und ihrer Krankheit, noch den Bedürfnissen der Krankenhäuser angemessen.

Durch angemessene Honorierung aller im Gesundheitswesen tätigen Personen und Institutionen ist die Versorgung in der Fläche sicherzustellen. Renditeorientierte Medizinkonzerne werden keine ausreichende Grundversorgung leisten.

Die Privatisierung von Kreiskliniken muss gestoppt werden. Die Gesundheitsvorsorge gehört zur Daseinsvorsorge und ist deshalb in kommunaler Hand zu lassen.

Grund Nr. 83

Erhaltung des Hebammensystems

Gebärende haben ein Recht, sich die Hebamme und den Ort der Entbindung selbst auszusuchen. Diese Wahlfreiheit wird durch die Schließung von Kreißsälen und Geburtskliniken eingeschränkt. Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass ein bewährtes System erhalten bleibt und jede Gebärende kompetente Geburtshilfe und Nachbetreuung in Wohnortnähe findet. Dazu zählt eine leistungsgerechte Bezahlung der Hebammen, keine unnötigen Einschränkungen der Hebammen in ihrer freiberuflichen Tätigkeit und ein Haftpflichtfond wie ihn der deutsche Hebammenverband fordert.

Grund Nr. 84

Pflegekammer als Vertretung der Berufsgruppe der Pflegenden

Pflegefachkräfte sind die am stärksten vertretene Berufsgruppe im Gesundheitssystem. Wie viele Pflegefachkräfte in Bayern und im Bund beruflich aktiv sind, weiß heute keiner genau. Daher ist es nicht zu akzeptieren, dass sie bis heute keine einheitliche Berufsvertretung besitzen. Die ÖDP setzt sich für die Einführung einer bayerischen Pflegekammer mit der Verpflichtung des Beitritts aller Pflegefachkräfte ein. Darüber hinaus fordern wir die Anhebung der Personalbemessungsgrenze in der ambulanten und stationären Versorgung sowie eine bessere Bezahlung der Pflegefachkräfte. Die Verordnungshoheit von Pflegehilfsmitteln und Verbandsstoffen sollte Pflegefachkräften mit der nötigen Zusatzqualifikation übertragen werden.

GESUNDHEITSVORSORGE BEIM MOBILFUNK (85 - 88)

Grund Nr. 85

Die ÖDP setzt sich für eine baurechtliche Genehmigungspflicht aller Mobilfunk-Sendeanlagen der Versorgungsebene ein

Die bisherige Freistellung von Sendeanlagen von der Baugenehmigungspflicht (10 m-Freigrenze) ist abzuschaffen.

Grund Nr. 86

Grenzwerte und Planungskonzepte müssen sich am vorsorgenden Gesundheitsschutz orientieren

Die von Staat und Industrie propagierte Sorglosigkeit im Umgang mit Mobilfunkstrahlung ist fahrlässig und gefährlich. Wir verlangen die Orientierung aller Planungen und Grenzwerte am vorsorgenden Gesundheitsschutz.

Bayern muss auf eine rasche und wirksame Verschärfung der Grenzwerte für die Übertragung von Funkwellen drängen. Die Planung von Mobilfunknetzen muss den Aspekt des vorsorgenden Gesundheitsschutzes zwingend und wirksam berücksichtigen. Grenzwerte dürfen nicht nur auf die thermische Wirkung hochfrequenter Strahlung begrenzt werden. Forschung nach strahlungsarmen Alternativen der mobilen Kommunikation muss gefördert werden.

Grund Nr. 87

Hochfrequente Strahlung in Schulen und Kindergärten vermeiden

Drahtlose Netzwerke (WLAN), schnurlose Digitaltelefone (DECT) und andere funkbasierte Kommunikationstechnologien erhöhen das Gesundheitsrisiko. Deshalb müssen vor allem in Kindergärten und Schulen, aber auch in Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden kabelgebundene Systeme installiert werden. Wir unterstützen entsprechende Warnungen und Forderungen des Bundesamtes für Strahlenschutz sowie des Europarates.

Für alle strahlenden und funkenden Geräte im Haushaltsbereich und in der Telekommunikationstechnik sind verbindliche und strenge Grenzwerte zu erlassen.

Für an Elektrohypersensibilität (EHS) erkrankte Personen müssen funkfrequenzfreie „Weiße Zonen“ als Wohngebiete ausgewiesen werden.

Grund Nr. 88

Schnelles DSL für Stadt und Land – Glasfaser statt Funk – Netzneutralität erhalten

Der Freistaat Bayern muss flächendeckend für leistungsfähige, kabelgebundene Übertragungswege sorgen und für den Erhalt der Netzneutralität eintreten.

WIR ACHTEN DIE NATUR UND STEHEN ZUM ERHALT DER NATÜRLICHEN ARTENVIELFALT SOWIE ZUM SCHUTZ DER LEBENSÄUERE VON MENSCH, TIER- UND PFLANZENWELT (89 – 100)

Grund Nr. 89

Der Schutz der Böden muss höchste Priorität erhalten

Der rigorose Flächenverbrauch für Siedlung, Gewerbe und Verkehr zulasten des Lebensraumes aller Geschöpfe und der Pflanzenwelt muss gestoppt werden. Wir fordern daher, mittelfristig den Netto-Flächenverbrauch in Bayern komplett zu stoppen, bevor unsere Heimat vollständig unter Beton und Asphalt verschwunden ist. Als ersten Schritt fordern wir, den Flächenverbrauch kurzfristig auf max. 5 Hektar pro Tag zu begrenzen.

Grund Nr. 90

Bestandsschutz für Flora-Fauna-Lebensräume – Sanierung geschädigter Bereiche – Vernetzung der Biotope

Als Verteidiger der Lebensgrundlagen und der natürlichen Schönheiten wollen wir den Bestand schützen, geschädigte Bereiche sanieren und noch vorhandene Biotope miteinander vernetzen. Freifließende und naturnahe Gewässer sind zu erhalten. Der Alpenplan ist unverändert zu belassen, die Alpenkonvention ist in direktes Recht umzusetzen.

Grund Nr. 91

Der Staatswald darf nicht der totalen Ökonomisierung ausgeliefert werden

Der Staatswald gehört uns allen. Er hat viele Funktionen: Luftreinhaltung, Bindung von CO₂, Wasserspeicher, Lawinenschutz, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Ort der Erholung. Diese Daseinsvorsorge darf nicht finanziellen Interessen geopfert und der Ideologie „totaler Ökonomisierung“ ausgeliefert werden. Wir brauchen eine ökologisch ausgerichtete Forstreform.

Grund Nr. 92

Die frei strömende Donau erhalten – die Donaulandschaft soll UNESCO Weltkultur- und Naturerbe werden

Der jahrzehntelange Einsatz unzähliger Menschen und Fachverbände für den Erhalt der letzten frei fließenden Abschnitte des europäischen Stroms hat sich gelohnt: Die Pläne für Stau und Kanal sind vorerst vom Tisch. Allerdings ist der Verzicht auf die Zerstörungspläne vorläufig, weil an die Amtszeit von Ministerpräsident Seehofer gebunden...

Wir treten für klare Verhältnisse ein und fordern entsprechende Beschlüsse des Landtags, damit die Variante A (kein Stau und Kanal) nicht nur zwischen Straubing und Deggendorf, sondern auch zwischen Deggendorf und Vilshofen verbindlich wird.

Unabhängig von der Ausbauplanung unterstützen wir die Bemühungen des bayerischen Heimattages, die niederbayerische Donau in die Liste des UNESCO Weltkultur- und Naturerbes einzutragen.

Grund Nr. 93

Moratorium beim Straßenneubau

Bestandserhaltung und Entschärfung von Unfallschwerpunkten anstelle von Neu- und Ausbauprojekten. Tragödien, wie der verantwortungslose Bau der A 94 durch das Isental, dürfen sich nicht wiederholen.

Grund Nr. 94

Die Artenvielfalt in Kooperation mit der Landwirtschaft wiederherstellen und stärken

Erhalt, Stärkung und Wiederherstellung der Artenvielfalt und der dafür nötigen Lebensräume ist nur in Kooperation mit der bäuerlichen Landwirtschaft möglich. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der Angebote im Vertragsnaturschutz ein. Leistungen der Landwirte für das Gemeinwohl (Artenschutz, Tierschutz, Gewässerschutz, Biotoperhaltung, Verzicht auf Agrochemie) müssen stärker als bisher honoriert werden. Bäuerlichen Familienbetrieben muss auf diese Weise ein angemessenes Einkommen garantiert werden. Wachsende Tierbestände dürfen nicht mehr staatlich gefördert werden. U.a. durch Bundesratsinitiativen muss sich der Freistaat für ein Verbot insektengefährdender Agrarchemikalien (z. B. Glyphosat) einsetzen.



© Horst Haitzinger

Grund Nr. 95

Die ÖDP spricht sich für ein Verbot von Schneekanonen und neuen Liften aus

Die umweltzerstörende Wirkung der künstlichen Beschneigung ist nachgewiesen. Es dürfen keine weiteren Anlagen zugelassen werden. Dies gilt insbesondere auch für die geplante Skischaukel am Riedberger Horn. Der Tourismus wird sich aktiv und kreativ auf die nicht mehr vermeidbaren Änderungen beim Wintersport einstellen müssen, um eine weitere Umweltzerstörung zu vermeiden.

Grund Nr. 96

Wir setzen uns für eine Reform des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts ein, sodass nachhaltiges und naturverträgliches Bauen Standard wird

Das Baurecht ist dahingehend zu verändern, dass der weiteren Flächenversiegelung durch die Ausweisung immer neuer Baugebiete endlich Einhalt geboten werden kann. Die willkürliche Zerstörung bestehender Bausubstanz ist zu beenden. Bei Neubau und Renovierung sind zudem die aktuellen Standards der Baubiologie und der Energieeinsparung sowie die Möglichkeiten optimaler Nutzung regenerativer Energien und rationeller Umgang mit Trinkwasser vorzuschreiben.

Flächensparen, Baubiologie, Energieeffizienz und sparsamer Umgang mit Trinkwasser sind bei öffentlichen Gebäuden beispielhaft zu berücksichtigen.

Grund Nr. 97

Den Wildwuchs bei Gewerbegebieten wirksam abstellen

Wir treten dafür ein, dass künftig die Gewerbesteuer an die Landkreise gezahlt wird und nicht mehr an die einzelnen Gemeinden. Die heutige Regelung ist ein Hauptgrund für den total überzogenen und landschaftszerstörenden Flächenverbrauch für immer neue Gewerbe- und Industriegebiete. Ein Ausgleich für die Gemeinden hat über die Kreisumlage zu erfolgen. Das „Anbindegebot“ muss erhalten bleiben. Das Baurecht ist so zu ändern, dass einstöckige Bauten nur noch in Ausnahmefällen zulässig sind.

Grund Nr. 98

Sparsamer und sinnvoller Umgang mit Trinkwasser

Mit dem kostbaren Gut Trinkwasser ist sorgsam umzugehen

Der gegenwärtige Trend zur industrialisierten Tierhaltung und der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft ist eine der Hauptursachen der Gefährdung des Grundwassers. Deshalb plädieren wir für eine Förderung der Landwirtschaft, die sich u. a. am Ziel des Grundwasserschutzes orientiert.

Kommunen werden angehalten, eine nachhaltige Versorgung mit Trinkwasser zu erhalten und für den Bürger ein eigenes häusliches Brauchwasser-System zu fördern, sowie die Wasserentsorgung darauf abzustellen. Die Kommune hat die Bauherren entsprechend zu beraten und durch die Preisgestaltung bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung für die finanzielle Attraktivität dieser Maßnahmen zu sorgen, die zusätzlich auch dem Hochwasserschutz dienen.

Den Privatisierungsbestrebungen für die Trinkwasserversorgung ist entschieden entgegenzutreten. Auch deshalb lehnen wir TTIP, TISA und CETA ab.

Grund Nr. 99

Natürlicher Hochwasserschutz in der Fläche

Die ÖDP fordert die Einführung einer staatlichen Garantie-Versicherung gegen Elementarschäden zu einem bezahlbaren Solidarpreis. Angesichts der sich häufenden Bedrohungen in Folge der Klimaüberhitzung muss der staatliche Garantieversicherungsschutz für alle eingeführt werden, auch für Bestandgebäude in Überflutungsgebieten. Neubauten dürfen dort nicht mehr genehmigt werden. Die Bürger dürfen nicht den Versicherungsgesellschaften ausgeliefert werden. Die Erstattung von 80% der Wiederherstellungskosten – wie zuletzt nach dem Hochwasser 2013 – ist für diese Fälle generell erforderlich.

Die staatliche Versicherung muss kombiniert werden mit einem Masterplan für natürlichen, dezentralen Hochwasserschutz. Jede Gemeinde, ob vom Hochwasser betroffen oder nicht, soll unnötige Versiegelung zurückbauen und prüfen, wo dezentrale Versickerung in der Fläche begünstigt werden kann. Nur so gibt es einen flächendeckenden Effekt bei der Hochwasserprävention. Der natürliche Hochwasserschutz in der Fläche ist die größte zusammenhängende Baustelle Bayerns - ein gesamt-bayerisches Solidarprojekt.

Grund Nr. 100

Weitere Nationalparks in Bayern

Die derzeit laufenden Prüfungen für eine Nationalparkausweisung haben nach internationalen, naturschutzrechtlichen Kriterien und Notwendigkeiten zu erfolgen. Dies kann bei positivem Ausgang der Prüfungen auch die Ausweisung von mehreren neuen Nationalparks in Bayern bedeuten, da es verschiedene besonders schützenswerte Lebensraumtypen (z. B. Buchenwälder, Auwälder, usw.) gibt.

WIR SCHÜTZEN DIE LANDWIRTSCHAFT VOR DER GENTECHNIK UND BIETEN BAYERNS BAUERN EINEN EXISTENZSICHERUNGSVERTRAG AN – FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT (101 – 103)

Grund Nr. 101

Der Freistaat Bayern muss sich in seiner Verfassung als Standort der gentechnikfreien Landwirtschaft festlegen

Die Manipulation von Genen und die Freisetzung von genveränderten Organismen stellt überall ein nicht zu verantwortendes Risiko dar. Die gesundheitlichen und vielfältigen Risiken für Imker, biologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte sowie für Wildpflanzen und Wildtiere sind besonders hoch. Der hart erkämpfte Politikwechsel in diesem Bereich muss durch eine klare Verfassungsaussage festgeschrieben werden. Dies gilt auch für neue biotechnische Methoden wie z. B. CRISPR/Cas.

Grund Nr. 102

Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsicherheit durch heimische bäuerliche Landwirtschaft sind vorrangige Ziele

Ökologische und soziale Erzeugungsstandards sind von elementarer Bedeutung. Der ungezügelte, subventionierte globale Austausch von Agrarerzeugnissen birgt nicht nur eine finanzielle Bedrohung für unsere Landwirte, sondern auch unkontrollierbare Gefahren für die Gesundheit der Verbraucher und Ungerechtigkeiten gegenüber den Kleinbauern in Ent-

wicklungsländern. Überschüsse müssen durch flexible Anpassung des Angebotes an die Nachfrage vermieden werden. Bayern muss sich dafür einsetzen, Subventionen, die den Export fördern, schrittweise bis auf null zurückzuführen.

Grund Nr. 103

Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bauern in Bayern muss den Landwirten Sicherheit geben und die Pflege der Kulturlandschaft honorieren

Das Ziel der ÖDP ist es, die Landwirtschaft vom gefährlichen Zwang des „Wachsen oder Weichen“ zu befreien. Die Direktzahlungen an Landwirte müssen verbindlich an einfache, aber wirksame ökologische und soziale Standards gebunden werden. Wir fordern eine Förderpolitik, die vorrangig die Arbeit und nicht die Fläche bevorzugt. Dadurch wird die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft aufgewertet und der Bedrohung ihrer Existenz begegnet. Schutzmaßnahmen der bäuerlichen Landwirtschaft zur Erhaltung von Klima, Umwelt, Kulturlandschaft und Trinkwasser sind als gesellschaftliche Aufgabe zu werten und zu fördern. Tierbestände sind auf umweltverträgliche Größenordnungen zu reduzieren (max. 2 GV/ha). Neu- und Umbaumaßnahmen sind durch den Freistaat nur noch zu fördern, wenn sie nicht mit einer signifikanten Erhöhung der Tierzahlen verbunden sind.

WIR STEHEN ZUM TIERSCHUTZ – ARTGEMÄSSE UND VERHALTENSGERECHTE TIERHALTUNG IM GANZEN LAND (104 – 107)

Grund Nr. 104

Artgemäße und verhaltensgerechte Tierhaltung aus Respekt vor den Mitgeschöpfen

Wir fordern in allen Bereichen der Tierhaltung artgemäße sowie verhaltensgerechte Haltung und Fütterung. Ungeeignete Haltungsformen, die dazu führen, dass Tiere vermeidbaren Stress, Schmerzen und dadurch bedingt Krankheiten erleiden müssen, sind zu verbieten.

Der Freistaat Bayern muss sich dafür einsetzen, dass landwirtschaftliche Produkte, deren Erzeugung gegen geltendes EU-Recht verstößt, nicht in Deutschland verkauft werden dürfen (z. B. Stopfleber, Käfigeier, Pelze etc.). Die Lebensmittelindustrie ist zu verpflichten, die Haltungsart der Legehennen bei verarbeiteten Eiern (0, 1, 2, 3) anzugeben. Bei allen Nahrungsbestandteilen müssen Herkunft und Produktionsbetrieb deklariert werden. Betäubungslose Kastration von Ferkeln sowie die betäubungslose Enthornung von Kälbern müssen verboten werden. Das Kürzen von Schnäbeln und das Kupieren von Schwänzen sind zu verbieten. Das „Schreddern“ von Küken ist umgehend zu verbieten. Gesteigerte Aufmerksamkeit ist ebenso der artgemäßen Haltung von Haustieren zu widmen (z. B. Sportpferde, Hunde). Hier ist eine bessere Zusammenarbeit von Tierärzten und Behörden gefordert.

Grund Nr. 105

Wir setzen uns für ein Human-, Zahn- und Tiermedizinstudium ohne Tierversuche ein

An der Universität Marburg kann man Humanmedizin studieren, ohne Tiere töten und verbrauchen zu müssen. Dort ersetzen ausgefeilte Computerprogramme die bislang üblichen Praktika, bei denen die Studenten viele Tiere töten mussten.

Wir fordern die Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für die Erforschung und Entwicklung von Ersatzmethoden zum Tierversuch in der wissenschaftlichen Forschung und im Gesundheits- und Verbraucherschutz. Die bundesweit erste Professur mit dieser Thematik wurde 2006 an der Universität Konstanz eingerichtet. Tierversuche, die nicht der medizinischen Forschung dienen, dürfen nicht aus Steuermitteln gefördert werden.

Die tierversuchsfreie Forschung muss deutlich mehr Fördergelder erhalten und aufgewertet werden.

Grund Nr. 106

Keine Schlacht tiertransporte weiter als 100 km

Unnötiges Leid zu vermeiden, muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Deshalb fordern wir, Transporte von Schlachttieren über lange Strecken EU-weit zu verbieten und ein sofortiges Verbot von Schlachttiertransporten in Länder außerhalb Europas. Keine Subventionen für Tiertransporte! Regionale Schlachthöfe und Metzgereien sind zu erhalten oder neu zu schaffen und gegen Überregulierungstendenzen der EU zu schützen. Eine artgemäße Behandlung in Schlachthöfen ist unabdingbar. Die dort arbeitenden Personen sind zur Einhaltung des Tierschutzes strafrelevant zu verpflichten. Die Schlachthöfe müssen für Tierschutzverbände jederzeit offen sein. Für die Kontrolle der Schlachttiere, für das

Entladen sowie die Verbringung zum Schlachtraum ist den Tierärzten zusätzliche Zeit zur Verfügung zu stellen.

Grund Nr. 107

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände

Damit die Belange des Tierschutzes wirksam vertreten und durchgesetzt werden können, fordert die ÖDP ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.



© Horst Hätzinger

WIR WERDEN DIE VIELFALT IN KULTUR- UND MEDIEN- LANDSCHAFT ERHALTEN UND FÖRDERN (108 – 111)

Grund Nr. 108

Der Erhalt von Denkmälern ist verstärkt zu finanzieren

Ein Volk, das auf Kultur Wert legt, muss seine Wurzeln kennen und erhalten. Das Landesamt für Denkmalpflege ist deshalb mit deutlich erhöhten Finanzmitteln auszustatten, damit es die Besitzer von Denkmälern bei Erhaltungsmaßnahmen nicht nur beraten, sondern auch finanziell unterstützen kann. Insbesondere die Sanierung wenig spektakulärer, aber seit Jahrhunderten ortsbildprägender Gebäude, gerade auch im ländlichen Raum, sollte verstärkt mit direkten finanziellen Zuwendungen gefördert werden, da hier ein Anreiz über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für die Eigentümer meist wenig attraktiv ist.

Der Erhalt jahrhundertealter Bausubstanz ist praktizierte Nachhaltigkeit!

Grund Nr. 109

Jugend- und Erwachsenenbildung, aber auch die (ehrenamtliche) Arbeit in Vereinen der Sport- und Traditionspflege, in kirchlichen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden sind unverzichtbar für eine lebendige Kultur in Bayern

Wir sind ein verlässlicher Partner für die Verbände und Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung in Bayern. Ihnen muss, wie den anerkannten Vereinigungen in Sport, Kultur und Traditionspflege, eine kontinuierliche Entwicklung nach dem Subsidiaritätsprinzip – ohne Gängelung und Mittelkürzungen – ermöglicht werden.

Grund Nr. 110

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen mit Top-Qualität – aber ohne Werbung und Sponsoring durch Konzerne

Wir wollen, dass die öffentlich-rechtlichen Sender eine ausreichende Finanzausstattung erhalten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frei von allen politischen oder industriellen Beeinflussungen, aber auch ohne die Auswüchse des Quotenzwanges ihrer journalistischen und künstlerischen Arbeit nachgehen können. Die Sicherung der Kernaufgaben, Information und Unterhaltung, muss ohne Werbung gewährleistet werden.

Grund Nr. 111

Die freie, privatwirtschaftlich organisierte Presse und die öffentlich-rechtlichen Medien sind als tragende Säulen einer demokratischen Gesellschaft zu schützen – für ein schärferes Kartellrecht gegen die Monopolbildung im Bereich der modernen Kommunikationsnetze

Bestand und Entwicklungsmöglichkeiten der traditionellen Qualitätspresse und der öffentlich-rechtlichen Medien sind uns ein wichtiges Anliegen. Die Digitalisierung der Nachrichtenwelt bringt neben neuen Chancen auch neue Gefahren für eine demokratisch-freie Information und Meinungsbildung. Während andere Parteien die öffentlich-rechtlichen Anbieter einschränken und die neue Medienwelt ausschließlich den bereits übermächtigen Konzernen überlassen wollen, treten wir für die Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Sektors ein: Gegenüber solchen Anbietern können die privaten Rechte der Nutzer und die Gemeinwohlüter leichter durchgesetzt werden als gegenüber weltumspannenden Aktiengesellschaften wie Facebook, Google und Twitter. Wir schlagen vor, auf europäischer Ebene öffentlich-rechtlich verfasste Angebote für soziale Netzwerke, Kurznachrichtendienste

und Suchmaschinen zu schaffen, um den vorwiegend US-amerikanischen Anbietern eine datenschutzrechtliche Alternative entgegenzusetzen zu können.

Das Kartellrecht ist im Bereich der neuen Medienstrukturen zu schärfen, damit die Gefahr der totalen Datenerfassung und Datenverknüpfung für die Nutzer minimiert werden kann. Das Kartellamt muss auch in diesem Bereich Bußgelder verhängen können.



MEHR SICHERHEIT VOR KRIMINELLER BEDROHUNG (112 – 116)

Grund Nr. 112

Korruption wirksam bekämpfen

Korruption zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat, gefährdet die ökonomische Fairness und verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Polizei und Staatsanwaltschaft ist in Zusammenarbeit mit anderen Behörden der Einblick in die Finanzaktionen der Tätergruppen und der Zugriff auf illegale Gewinne zu erleichtern.

Zur Bekämpfung gehört eine verfassungskonforme Neufassung der Vermögensstrafe ebenso wie der Ausschluss bestechender Unternehmen von öffentlichen Aufträgen (Korruptionsregister).

Grund Nr. 113

Leistungsfähige Polizei und Justiz als Garanten der inneren Sicherheit

Die Berufe bei Polizei und Justiz (Strafgerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsdienst) sind attraktiv auszugestalten, weil in allem Bereichen Personal fehlt. Die dadurch verursachte Überlastung der Justiz führt dazu, dass Strafverfahren trotz vorliegender polizeilicher Ermittlungsergebnisse eingestellt werden und Straftäter ohne Sanktionen davonkommen. Der Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz ist medienbruchfrei auszugestalten, Stichwort elektronische Strafakte. Die Sachausstattung der Polizei, beispielsweise im Bereich der Einsatzfahrzeuge, muss weiter verbessert werden, insbesondere bei der

Bereitschaftspolizei, bei der der Bund seiner Finanzierungsverpflichtung nur unzureichend nachkommt. Angesichts der aktuellen Sicherheitslage ist die Zusammenarbeit zwischen Bayern, dem Bund und den anderen Bundesländern sowie Europol permanent zu verbessern.

Grund Nr. 114

Gewaltverherrlichung und Zynismus in Medien, Netzwerken und bei Computerspielen stoppen – für wirksamen Jugendschutz und umfassende Medienbildung

Mit berechtigter Sorge beobachten kritische Wissenschaftler negative Auswirkungen von falschem und vor allem zu viel Medienkonsum bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Reale Leistungsanreize werden durch „Erfolge“ am Bildschirm verdrängt, viele Jugendliche stumpfen gegen schlimmste Gewalt ab.

Die ÖDP tritt für einen wirksamen Jugendschutz ein. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien soll bei der Einstufung von Computer- und Konsolenspielen mehr Kompetenzen erhalten. Rundfunkräte und Landesmedienanstalten müssen Gewalt verharmlosende sowie herabwürdigende, menschenverachtende Sendungen stärker als bisher beanstanden. Die Betreiber von sozialen Netzwerken im Internet sind zu verpflichten, menschenverachtende und gewaltverherrlichende Beiträge zu entfernen.

Die Hersteller von Computerspielen sind zu verpflichten, auf die Wirkung von Gewalt in ihren Produkten hinzuweisen. Besonders nötig ist aber eine kontinuierliche und praxisnahe Medienpädagogik in Kindergärten und Schulen sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Grund Nr. 115

Jugendstraßverfahren müssen wesentlich beschleunigt werden

Neben der Prävention ist beim Umgang mit Jugendkriminalität die rasche Konsequenz nach der Tat von besonderer pädagogischer Bedeutung. Wir werden uns für eine wesentliche Verkürzung des Verfahrensgangs zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichten einsetzen.

Grund Nr. 116

Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten – Kriminalität wirksam verhindern und bekämpfen

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben des Staates. Die ÖDP tritt dafür ein, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die dafür notwendigen Befugnisse erhalten, insbesondere auch im Bereich neuer Technologien, unter Wahrung der Grundrechte und Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

WIR STREITEN FÜR DIE SAUBERE DEMOKRATIE – OHNE KONZERNSPENDEN UND MIT DIREKTER BETEILIGUNG ALLER BÜRGERINNEN UND BÜRGER (117 – 132)

Grund Nr. 117

Das Volk soll den Ministerpräsidenten direkt wählen

Der Regierungschef würde auf diese Weise unabhängiger von den Parteien. Umgekehrt würde das Parlament angeregt, die Regierung besser zu kontrollieren.

Die klassische Gewaltenteilung erhielte durch die Direktwahl eine neue Chance, die Macht der Parteien würde reduziert.

Grund Nr. 118

Volksbegehren brauchen bürgerfreundliche und realistische Bedingungen

Damit ein Volksbegehren heute erfolgreich ist, müssen sich innerhalb von 14 Tagen 10% aller (!) Wahlberechtigten mit Personalausweis im Amt eintragen. Diese hohe Hürde ist ungerecht.

Im Landtag kann eine Partei bereits Gesetze einbringen, wenn sie von 5% der Bürger, die tatsächlich zur Wahl gegangen sind, gewählt wurden.

Damit für die direkte Demokratie gleiche Regeln gelten wie für die parlamentarische Demokratie, fordern wir, dass die Quote bei Volksbegehren auf 5% der Wahlbeteiligten bei der letzten Landtagswahl gesenkt wird.

Wie bei Wahlen soll über Zeitpunkt und Inhalt eines Volksbegehrens von Amts wegen mit Benachrichtigungskarte informiert werden.

Grund Nr. 119

Die ÖDP will die direkte Demokratie auch bei Haushaltsangelegenheiten ermöglichen

Das derzeit bestehende Verbot von Volksbegehren und Bürgerbegehren, die auch den Haushalt des Freistaates Bayern bzw. der Kommunen betreffen würden, ist aufzuheben. Untersuchungen haben ergeben, dass Länder und Kantone, die eine Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger auch in Haushaltsangelegenheiten kennen, nicht nur seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt haben, sondern oftmals mit Überschüssen abschließen.

Grund Nr. 120

Abgeordnete dürfen keine Geldspenden annehmen

In den „Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bayerischen Landtags“ findet sich unter II.2 eine Regelung, die empören muss: Bayerische Landtagsabgeordnete dürfen Geldgeschenke in beliebiger Höhe, von wem auch immer, annehmen.

Die ÖDP tritt deshalb grundsätzlich für folgendes Ziel ein: Die geltenden Anti-Korruptionsregeln für Amtsträger (Beamte, Richter, andere Angehörige des öffentlichen Dienstes) müssen auf die Mandatsträger und die Parteien ausgeweitet werden! Was für Exekutive und Judikative gilt, muss erst recht auch für die Legislative gelten.

Grund Nr. 121

Veröffentlichung aller „Nebeneinkünfte“ von Landtagsabgeordneten, Staatssekretären und Ministern

Der Bürger hat ein Recht, die Unabhängigkeit der Politikerinnen und Politiker zu überprüfen. Der Landtagspräsident muss die Information leicht zugänglich zur Verfügung stellen.

Grund Nr. 122

Der unmittelbare Wechsel von Politikern und Spitzenbeamten aus dem Staatsdienst in die Wirtschaft muss gesetzlich verboten werden

Wir haben häufig erlebt, dass Politiker oder Spitzenbeamte unmittelbar nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst fürstlich dotierte Posten in der Wirtschaft annehmen. Hier wird sichtbar, für welche Lobby sie vorher tätig waren. Das Wechseln ohne Karenzzeit muss verboten werden! Die Übergangszeit muss mindestens drei Jahre betragen.

Grund Nr. 123

Abgeordnete sollen für ihre Rente selber einzahlen und ihren Aufwand mit Belegen nachweisen müssen

Es ist nicht gerechtfertigt, dass Landtagsabgeordnete in Bayern zusätzlich zu einer guten Bezahlung eine ebenso kostenlose wie üppige Altersversorgung erhalten. Wir werden dafür streiten, dass Volksvertreter – wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch – aus ihrem Einkommen eigene Beiträge zur Altersversorgung zahlen müssen. Ebenso muss die

sogenannte steuerfreie Aufwandspauschale („zweites Abgeordnetengehalt“) abgeschafft werden. Der tatsächliche Aufwand kann bis zu einer Höchstgrenze ersetzt werden, wenn dafür Belege eingereicht werden. Die heutige Überversorgung der Volksvertreter macht böses Blut und schädigt das Ansehen eines demokratischen Staates.

Grund Nr. 124

Parteispenden von Konzernen und Verbänden müssen verboten werden

Große Konzerne und Verbände überweisen jedes Jahr hohe Beträge als Spenden an Parteien. Die genauen Summen sind im Internet einzusehen. Wir halten dies für Bestechung und haben uns selbst verpflichtet, solche Spenden nicht anzunehmen.

Bayern muss sich für klare Regeln im Parteiengesetz einsetzen. Spenden von juristischen Personen an Parteien und Politiker müssen verboten werden.

Grund Nr. 125

Bayern braucht ein demokratischeres Landtagswahlsystem

Das vorbildhafte bayerische Wahlsystem bei Kommunalwahlen sollte auch für die Landtagswahlen eingeführt werden, damit jede Stimme gleich wirksam ist.

Wir treten dafür ein, die 5%-Hürde abzuschaffen. Solange es eine Prozenzhürde gibt, ist das Wahlrecht so zu ändern, dass über eine Ersatzstimme (Präferenzstimme) das Votum eines Wählers nicht verlorengeht, wenn die von ihm zunächst gewählte Partei nicht ins Parlament einzieht.

Grund Nr. 126

Wahlalter senken

Wir setzen uns dafür ein, dass in Bayern das Wahlalter bei Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt wird.

Grund Nr. 127

Auszählverfahren gerechter machen – Rechte der Gemeinderäte angleichen

Wir setzen uns dafür ein, dass bei Kommunalwahlen das Auszählverfahren nach Saint-Lague/Schepers Anwendung findet. Dies soll auch in der Verfassung festgeschrieben werden. Die Gemeinde- und Stadträte in Bayern müssen für ihre Arbeit in den Gremien mit den gleichen Rechten wie die Kreisräte in Bayern ausgestattet werden.

Grund Nr. 128

Macht braucht Kontrolle – für wirklich unabhängige Richter und Staatsanwälte

Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Richtertages, die Justiz wirklich unabhängig zu machen: Heute entscheiden letztlich politisch bestimmte Ministerialverwaltungen über Berufskarrieren von Richtern und Staatsanwälten.

Überfällig ist auch eine Reform des bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Dass die obersten Richter des Freistaates immer noch mit einfacher Mehrheit vom Landtag gewählt werden, ist mehr als fragwürdig.

Grund Nr. 129

Informationsfreiheit/Transparenzgesetz und gläserne Behörden – Durchblick für die Bürger

Seit 01. Januar 2006 gilt das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz bereits für Bundesbehörden. Obwohl sie dem Steuerzahler gehören, bleiben viele Gutachten, Studien und Planungsdokumente Geheimwissen.

Wir setzen uns für Informationsfreiheit und Transparenzgesetze auf Landes – und kommunaler Ebene ein. Das Informationsrecht der Bürger geht vor.

Grund Nr. 130

Die ÖDP setzt sich für eine stärkere Selbstverwaltung der Kommunen ein – gegen „goldene Zügel“ und für freie Entscheidungen der Städte, Gemeinden und Landkreise

Wir treten für eine Erhöhung der freien Zuweisungen an Gemeinden, Städte und Landkreise bei gleichzeitigem Abbau der zweckgebundenen Zahlungen ein, damit die Kommunen freier entscheiden können und auch zu einem sparsamen Umgang mit Steuergeldern angehalten werden.

Alle Zuschüsse und Zuweisungen müssen zeitnah und rasch ausgezahlt werden.

Grund Nr. 131

Keine Pflicht zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge

Die ÖDP lehnt die von allen vier derzeitigen Landtagsparteien beschlossene Verpflichtung der Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ab. Straßenausbaubeiträge sind nicht verursachergerecht, führen zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand und in vielen Fällen zu gravierenden, finanziellen Härten (Beiträge von mehreren Zigtausend Euro).

Grund Nr. 132

Bezirkstage als Bürgervertretung in der Region stärken

Um eine starke regionale Ebene zu schaffen, fordert die ÖDP die Auflösung der regionalen Planungsverbände und die Übertragung der Kompetenzen auf die Bezirkstage. Eine Übertragung der Aufgaben an die Bezirkstage würde die demokratische Kontrolle sichern!

Das Landtagswahlprogramm wurde am 21. Januar 2018 in Hirschaid bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung vom Landesparteitag der ÖDP Bayern beschlossen.

Werden auch Sie Teil unserer Vision!

Unterstützen Sie uns! Werden Sie aktiv!

Am einfachsten geht es unter:

www.oedp-bayern.de/mitmachen/mitglied-werden/

Stichwortverzeichnis

A

Arbeit 8, 13, 30, 31, 32, 33, 38

Artenvielfalt 10, 57, 59

Atomausstieg 24

B

Behinderung 30, 46, 47, 49

Bestechung 12, 77

Bildung 32, 34, 40, 72

Boden, -schutz 10, 57

C

CETA 9, 33, 61

CO₂-Ausstoß 26, 58

D

Daseinsvorsorge 53, 58

Demokratie 12, 74

E

Eltern 17, 37, 38, 41, 42, 44

Energieeinsparung 26, 29, 60

Energiewende 3, 23

Entwicklungsländer 9, 63

erneuerbare Energien 3, 8, 20, 22, 27

Erziehungsgehalt 7, 37

Existenzsicherungsvertrag 10, 63, 64

F

fairer Handel 9, 19, 30, 31, 36, 43

Familie 11, 17, 18, 30, 37, 48

Familiengehalt 3, 11

Flächenverbrauch 9, 30, 57, 61

Flüchtlinge 18, 19

Fluchtursachen 35

Flugverkehr 28

Forschung 14, 17, 50, 55, 66

G

Gemeinwohl 3, 8, 10, 12, 30, 31, 49, 59, 69

Gesundheitssystem 50, 52

H

Heimat 9, 42, 57

Hochwasserschutz 10, 61, 62

I

Infrastruktur 15, 29, 35

Inklusion 42

Integration 18, 19, 44

J

Jugend 11, 41, 68, 72, 73

Justiz 12, 71, 78

K

Kinder 3, 11, 17, 37, 38, 40, 42, 44, 56, 72

Klimaschutz 8, 23, 28, 30

Kohleausstieg 3, 8

Krankenhäuser 49, 53, 57

Krankenkassen 47, 50, 53

Kultur 9, 42, 58, 64, 68

L

Landschaftsschutz 21

Landwirtschaft 9, 10, 14, 59, 61, 63, 64

Leben 8, 17, 18, 26, 32, 35, 37, 42, 46

M

Medizin 17, 50, 51, 52

Menschen mit Behinderung
30, 47, 49

Mobilität 26, 27

N

Nachhaltigkeit 31, 36, 68

Natur 9, 22, 57, 59, 60

Ö

Ökologie 36

ÖPNV 26, 27

P

Pflege 11, 37, 46, 47, 48,
54, 64

Polizei 12, 71, 73

Privatisierung 13, 33, 53, 61

R

Rentenanspruch 3, 11, 33

Ressourcen 8, 14 26

Rundfunk 69, 72

S

Schule 3, 11, 15, 34, 40, 49,
56, 72

Sicherheit 12, 71, 73

Solidarität 37

Sorgearbeit 17, 37

Spenden 3, 12, 74, 75, 77

Sponsoring 12, 34, 69

T

Tierschutz 9, 14, 43, 59, 65,
66

TISA 9, 33, 61

Trinkwasser 22, 33. 60, 61,
64

TTIP 9, 33, 61

U

Umwelt 8, 9, 26, 28, 31, 60

V

Verbraucherschutz 9, 13, 23,
34, 66

Verkehr 3, 8, 13, 26, 57

Volksbegehren 3, 4, 7, 74, 75

W

Wachsen oder Weichen 10,
64

Wachstumskritik 3, 8

Wirtschaft 3, 8, 13, 20, 30,
38, 76

Z

Zuwanderung 19

Zwischenlager 24

Bitte abtrennen, in ein frankiertes Kuvert stecken und schicken an:

ÖDP Bayern
Landesgeschäftsstelle
Postfach 21 65
94011 Passau



BEITRITTSANTRAG

ödp

**Werden auch Sie Teil unserer Vision!
Unterstützen Sie uns! Werden Sie aktiv!**

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)
und bin mindestens 14 Jahre alt. Ich verstehe mich eher als

☐ Aktives Mitglied ☐ Schnuppermitglied ☐ Förderndes Mitglied

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder.

*Name, Vorname

*Straße / Nr.

*PLZ / Ort

Kreis

Tel. / Fax

E-Mail

*Geburtsdag

Beruf

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- ☐ Regelbeitrag von 7,00 € pro Monat.
- ☐ Familienbeitrag von 7,00 € pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert angeben mit Name, E-Mail, Beruf, Geburtstag, Datum und Unterschrift).
- ☐ Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat.
- ☐ ermäßigten Beitrag von 1 € pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger).
- ☐ Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ00000029054

Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

☐ Ich/Wir ermächtige(n) die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

☐ jährliche ☐ halbjährliche Abbuchung

Hinweis: Ich/Wir kann/können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

*Kontoinhaber/-in

*IBAN

*BIC

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für die Ziele der ÖDP einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

*Datum

*Unterschrift

Datenschutzhinweis: Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie gemäß § 4 Bundesdatenschutzgesetz Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Die Ökologisch-Demokratische Partei verarbeitet und speichert die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person ausschließlich für interne Zwecke der Partei und unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei findet nicht statt.



www.oedp-bayern.de

Ökologisch-Demokratische Partei Bayern | Heuwinkel 6 | 94032 Passau

Telefon (08 51) 93 11 31 | Fax (08 51) 93 11 92 | bayern@oedp.de

V.i.S.d.P.: Klaus Mrasek | ÖDP Bayern | Heuwinkel 6 | 94032 Passau

ödp

Notizen:



Notizen:



Haben Sie Ideen für ein schöneres Bayern?

Sprechen Sie mit uns:

E-Mail: bayern@oedp.de

Tel.: 0851/ 931131

www.oedp-bayern.de

Besuchen Sie uns auch auf:



Jetzt

ödp

Erstwähler werden
Ökologisch-Demokratische Partei



**Nutzen Sie auch die
Möglichkeit der Briefwahl!**